



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar-und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 12

2. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 64, Fernsprech-Anschluß: Amt Lühnow 3240. — Bezugspreis vierteljährlich M. 2.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer M. 0.40 einschließlich ortsüblichen Feuerungszuschlages.

Berlin

15. Juni 1921

Die deutsche Reichsregierung und der deutsche Reichstag zum Schutze des Saargebiets!

Das Saargebiet ist Deutschlands Sorgenkind. Das wird bekräftigt durch die Tatsache, daß sich der Reichstag und die Reichsregierung abermals in der 107. Sitzung mit den Leiden und Drangsalen der Saardeutschen befaßte, daß die deutsche Presse in den Fragen des Saargebiets eine einheitlich geschlossene Front gegen Westen angenommen hat und daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit trotz seiner eigenen Zermürbung hellhörig geworden ist für die Rufe seiner Brüder von den Ufern der Saar. Die Bestrebungen und mühevollen Anstrengungen des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ finden jetzt tausendfache Anerkennung und ihren schönsten Lohn darin, daß aller Augen in Deutschland auf das Saargebiet schauen und daß jeder verstehen lernt, warum unsere Brüder dort unten gestützt werden müssen in ihrem Kultur- und Wirtschaftskampf.

Zur Petition betreffend den Schutz des Saargebiets nahm zunächst im Reichstag das Wort der Berichterstatter Reichstagsabgeordnete Dr. Philipp, der u. a. folgendes ausführte: Die Petition ist auf einer Versammlung der Bayerischen Mittelpartei in München beschlossen worden im Anschluß an einen Vortrag des Obersten v. Kynander. Es wurde dort die Bestellung von Regierungskommissaren beantragt, und als solche wurden die Herren Wirklicher Legationsrat Dr. Köpfe und Dr. Voigt vom Auswärtigen Amt bestimmt. Die Beratung der Petition erfolgte am 17. März im Ausschuß. Die Regierung gab dabei Erklärungen ab, deren Niederschrift für die Akten vom Ausschuß gefordert wurde. Ihre Bekanntgabe in diesem hohen Hause hat der Ausschuß ausdrücklich beschlossen.

In der Petition wird gefordert erstens, daß die Reichsregierung sich mit allen Mitteln für die widerrechtlich schwer bedrohte Bevölkerung des Saargebiets einsetzen soll.

Zweitens verlangt man, daß den dem Friedensvertrag zuwiderlaufenden Versuchen, aus dem dem Völkerbund nur zur Verwaltung auf 15 Jahre überwiesenen Saargebiet ein Staatswesen zu bilden, entgegengetreten werde.

Drittens wird Aufschluß verlangt über das bisherige Verhalten der Franzosen im Saargebiet. Ferner wird verlangt eine wirklich unparteiische Zusammensetzung und Amtsführung der Regierungskommission und die Beseitigung des französischen Militärs, die beim Völkerbund gefordert werden soll.

Es wird viertens Einspruch erhoben gegen die widerrechtliche Ausweisung deutscher Bewohner, die Ueberfremdung des Landes durch französische Einwanderung und die Vernichtung des deutschen Beamtentums dort.

Fünftens fordert die Bittschrift volle Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, eine ungetriebene Presse und eine freigewählte Volksvertretung für das Saargebiet.

Sechstens werden die deutschen Behörden aufgefordert, großzügig und verständnisvoll allen Nachteilen, die die Einschließung des Saargebietes in das französische Zollgebiet zur Folge hat, gerecht zu werden. Die Orientierung der Saar-Wirtschaft nach Westen, heißt es, sei durch alle möglichen Erleichterungen im deutschen Grenzverkehr zu verhindern, die deutsche Industrie und der deutsche Handel seien zu jeder Unterstützung der notleidenden Brüder im Saargebiet zu veranlassen. Hier dürfe kein Konkurrenzstreben das vaterländische Interesse schädigen.

Zuletzt wird darauf hingewiesen, daß der kulturelle Zusammenhang des Saargebiets mit dem übrigen Deutschen Reich gepflegt werden müsse, daß die Einheit der Kirchen aller Bekenntnisse im Saargebiet mit den übrigen deutschen Glaubensgemeinschaften aufrechterhalten werde, und daß jede durch den Friedensvertrag nicht ausdrücklich gerechtfertigte Erweiterung des Saargebiets unbedingt zu bekämpfen ist.

Die Regierung nahm zu den angeschnittenen Fragen ausführlich Stellung. Durch ihre Erklärung wurde die Erörterung wesentlich gefördert, und der Ausschuß hielt es daher für notwendig, den Standpunkt der Regierung dem Plenum des Hauses bekanntzugeben. Der Vertreter der Reichsregierung ging bei seinen Erklärungen von der Rechtsfrage aus und betonte, daß Deutschland nach dem Friedensvertrag für die Dauer von 15 Jahren auf die Regierung des Saargebiets verzichtet habe. Alle bisher dem Deutschen Reich oder Bayern oder Preußen zustehenden Rechte würden ausschließlich von einer vom Völkerbundsrat eingesetzten Regierungskommission ausgeübt. Unter diesen Umständen — so wurde wörtlich gesagt —

muß die Deutsche Regierung sich peinlichst hüten, sich in die Regierungsgeschäfte des Saargebiets einzumischen. Dagegen hat sie die heilige Pflicht, eifervoll und leidenschaftlich darüber zu wachen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages auch seitens der Regierungskommission und aller sonst beteiligten Tat-

toren eingehalten werden. Unter diesen Umständen ist die Reichsregierung in die wenig erfreuliche Lage verlegt, sich im wesentlichen beschränken zu müssen auf die Erhebung von Protesten. Irgend etwas Positives für die Bevölkerung des Saargebiets zu tun, ist ihr im allgemeinen versagt.

Der Regierungsvertreter beschäftigte sich dann des näheren mit der Regierungskommission des Saargebiets und stellte fest, daß diese einen französischen Staatsrat zum Vorsitzenden hat, einen völlig nach der französischen Seite orientierten und bis zu seiner Berufung in Paris lebenden Dänen — man spreche davon, daß dieser Aufenthalt in Paris auch jetzt noch den Normalzustand und den Aufenthalt im Saargebiet die Ausnahme bedeute — und weiter aus einem Kanadier, einem Belgier und einem aus dem Saargebiet selbst stammenden Arzt besteht. Die Regierung der Kommission selbst bedeute ein treuhänderisches *Interregnum* bis zu der Zeit, wo über das Schicksal des Saargebiets, seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder Frankreich, endgültig entschieden werde. Zu den obersten Aufgaben einer solchen treuhänderischen Verwaltung gehört selbstverständlich völlige Unparteilichkeit gegenüber den beiden Aspiranten, über deren Rechte nach Ablauf der treuhänderischen Verwaltung entschieden werden soll. In dieser Beziehung sei es schon recht bezeichnend, daß in der Proklamation, mit der sich die Regierungskommission am 25. Februar 1920 der Bevölkerung des Saargebiets vorstellte, von den Rechten Deutschlands mit keinem Worte die Rede gewesen ist. Dagegen hebe die Proklamation feierlichst hervor, daß sie Frankreich die vollste Freiheit zur Ausbeutung der ihm durch den Friedensvertrag übertragenen *Saargruben* verbürge. Und das sei geschehen, obgleich sich alles öffentliche Eigentum mit Ausnahme der Gruben nach wie vor im Besitz des Reichs und des bayerischen und preussischen Staats befände, so daß allein der Wert dieses Eigentums mindestens demjenigen des französischen Grubenbesitzes gleichkomme. Insgesamt wurde von der Regierung im Ausschuss betont, daß die Regierungskommission Frankreich weit über den Friedensvertrag hinausgehende Rechte eingeräumt habe.

Es wurde dann weiter die Frage erörtert, ob das Saargebiet ein eigenes Staatswesen sei oder werden könne. Die Reichsregierung erklärte, daß sie derartige Bestrebungen, wo sie ihr auch immer entgegenstünden, mit allem Nachdruck bekämpfe. In die Erscheinung getreten seien diese Bestrebungen dadurch, daß die Regierungskommission den Beitritt zu den großen internationalen Vereinbarungen, wie dem Weltpostverein, dem Welttelegraphenverein und dem internationalen Eisenbahnfrachtabkommen, erklärte. Diese Vereinigungen hätten aber nach den ihnen zugrunde liegenden Abkommen nur Staaten zu Mitgliedern. Dem Saargebiet fehle aber das wesentlichste Merkmal eines selbständigen Staatsgebildes, nämlich die zeitliche Unbegrenztheit, da es nur für eine Dauer von 15 Jahren gegründet worden sei. Demgemäß habe die Reichsregierung gegen die ihr notifizierten Beitritts-erklärungen des Saargebiets in jedem einzelnen Falle Protest erhoben. Hierbei wurde auch hervorgehoben, daß es eines Beitritts der Regierungskommission nicht bedürfe, da das Saargebiet nach dem Friedensvertrag, auch wenn zurzeit in ihm die Regierung nicht durch das Reich und die beiden beteiligten deutschen Länder ausgeübt würde, doch ein Teil des Deutschen Reichs geblieben sei; daß des ferneren in ihm nach dem Friedensvertrag die deutschen Gesetze weiter gälten, daß aber sämtliche hier in Rede stehenden internationalen Abkommen bereits als Reichsgesetze verkündet und somit auch im Saargebiet geltendes Recht seien. Durchschlagenden Erfolg hätte dieser Protest nur im Falle des internationalen Frachtabkommens gehabt. Das Berner Frachtabkommen sehe nämlich ein besonderes formelles Verfahren für die Aufnahme eines neuen Mitgliedes vor. Die Regierung gab über diese Frage noch weitere juristische Aufschlüsse und erklärte zum Schluß, daß sie es sich besonders habe angelegen sein lassen, die Verwendung des irreführenden Begriffs „Saarstaat“ zu bekämpfen.

Weiterhin wurde die Frage des tatsächlichen Eindringens der Franzosen in das Saargebiet besprochen. Die Regierung nimmt den Standpunkt ein, daß der sicherste Wall gegen eine Uebersflutung durch eindrin-

gende Franzosen das zähe Festhalten der eingewohnten Bevölkerung an ihrem Plage ist. Zur Erhaltung der deutschen eingewohnten Bevölkerung und zur Pflege des wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhangs mit den übrigen Teilen Deutschlands geschehe, was nur irgend geschehen könne.

Die Frage der Bildung der Regierungskommission im Saargebiet wurde dann nochmals erörtert und von der Regierung betont, daß die Zusammensetzung keineswegs genüge, daß es der Regierung aber leider nicht möglich sei, auf die Geschäftsführung Einfluß auszuüben, und daß auch das von dieser Regierungskommission regierte Volk nicht den leisesten Einfluß habe, daß die Regierungskommission vielmehr ohne jegliche Befragung der Bevölkerung dem Lande durch den Völkerbundsrat oktroyiert worden sei. Es dürfte daher ein billiges Verlangen sein, daß wenigstens die Mitglieder dieser Regierungskommission die Landessprache verstehen. Tatsächlich genüge diesem primitivsten Erfordernis aber außer dem aus dem Saargebiet stammenden nur noch ein einziges Mitglied. So wenig glaubhaft es klinge, so sei es doch Wahrheit, daß alle anderen Regierungsmitglieder sich nur mit Hilfe von Dolmetschern mit der Bevölkerung verständlich machen könnten.

Doch muß sich — fügte die Regierung hinzu — die Reichsregierung darauf beschränken, die Hoffnung auszusprechen, daß der Völkerbundsrat diesen wenig befriedigenden Zustand einsehen und bei Ablauf der gegenwärtigen Amtsperiode der Regierungskommission an die neuen Kandidaten für diese Posten als unerläßliche Vorbedingung die Forderung der Kenntnis der Landessprache stellen wird. Irgendeinen Einfluß hat die Reichsregierung auf diese Wahl weder rechtlich noch tatsächlich.

Erörtert wurde weiter die Frage der Besetzung französischer Besatzungstruppen im Saargebiet. Diese sei nach den Bestimmungen des Friedensvertrags unzulässig; denn das Saargebiet sei nach diesem einem besonderen Regime unterworfen und nicht mehr als besetztes Gebiet wie die übrigen linksrheinischen Lande zu betrachten. § 30 des sogenannten „Saarstatuts“ bestimme ausdrücklich, daß für die Aufrechterhaltung der Ordnung nur eine örtliche Gendarmerie zu sorgen habe. Uebrigens, fügte die Regierung hinzu, sei es eine schwere Verletzung der Unparteilichkeit, zu der die Regierungskommission als treuhänderische Verwalterin des Saargebiets unter allen Umständen verpflichtet ist, wenn sie die Position eines der beteiligten Staaten, über deren Ansprüche auf das Saargebiet später durch Volksentscheid Bestimmung getroffen werden soll, so ungeheuer stärke, wie dies durch Besetzung von wesentlichen Teilen ihrer militärischen Macht in dem umstrittenen Gebiet geschehe. Aus einem veröffentlichten Bericht der Regierungskommission an den Völkerbundsrat müsse herausgelesen werden, daß die Kommission die Rechtsauffassung der deutschen Regierung von der Unzulässigkeit der Anwesenheit französischer Truppen im Grunde teile; denn sie führe sozusagen als Entschuldigung lediglich den Umstand an, daß die Kürze der Zeit ihr noch nicht gestattet habe, die im § 30 des Saarstatuts vorgesehene örtliche Gendarmerie zu schaffen. Hiernach handele es sich scheinbar nur um eine einstweilige unvermeidbare Regelung für die Zeit des Ueberganges.

Man kann also annehmen — erklärte die Regierung wörtlich —, daß dieser ungesegnete Zustand alsbald nach Einrichtung der Gendarmerie verschwinden würde. Die Erwartungen haben sich aber in dieser Beziehung getäuscht. Die örtliche Gendarmerie ist seit Monaten eingerichtet, aber noch immer befinden sich französische Truppen im Saargebiet. Die Reichsregierung hat deshalb vor einiger Zeit gegen die Besetzung der französischen Truppen Einspruch erhoben.

Weiterhin wurde die Frage der Einsetzung der französischen Kriegsgerichte und der Massenweisungen erörtert. Die Aburteilung von Bewohnern des Saargebiets durch französische Kriegsgerichte sei mit den Bestimmungen des Friedensvertrages absolut unvereinbar. § 25 des „Saarstatuts“ kenne nur die bestehenden Zivil- und Strafgerichte des Saargebiets und ein neu zu schaffendes ziviles Obergericht. Für eine Tätigkeit

französischer Militärgerichtsbarkeit sei hiernach im Saargebiet kein Raum. Ueberdies bestimme der Schlusssatz von § 25 des „Saarstatuts“ ausdrücklich, daß die gerichtlichen Entscheidungen im Namen des Regierungsausschusses zu ergehen hätten, während über jedem Urteil der französischen Militärgerichte in großen Buchstaben zu lesen stehe: „Im Namen der französischen Republik“. Trotzdem suche die Regierungskommission in einem an den Völkerbund gerichteten Bericht die Tätigkeit der französischen Kriegsgerichte zu rechtfertigen. Der Gedankengang, in dem sie sich hierbei bewege, sei so eigenartig, daß er im einzelnen vorgeführt zu werden verdiene. Die Regierungskommission führe zunächst aus, daß sie unbedingt die französischen Truppen zur Sicherung von Personen und Eigentum, die ihrem Schutze anvertraut wären, hätte beibehalten müssen. Damit hätte sie aber auch die Pflicht gehabt, diese Truppen vor allen Beleidigungen und Angriffen der Bevölkerung zu schützen. Bei der Zusammensetzung der bisherigen Strafgerichte im Saargebiet hätte sie aber keinerlei Bürgschaft dafür gehabt, daß durch diese Gerichte solche Vergehen ihre gebührende Sühne erhalten würden. Da aber derartige Vergehen nicht hätten ungesühnt bleiben dürfen, wäre ihr nicht anderes übrig geblieben, als diesen Teil der Gerichtsbarkeit den französischen Kriegsgerichten selbst zu überlassen. Diese Aeußerung einer verantwortlichen Regierung über die ihr unterstellten Gerichte und Richter dürfte einzig in der Welt dastehen. Ohne den Schimmer eines Beweises werde die Unparteilichkeit von Richtern angezweifelt, die für ihre Objektivität ohne Ansehen der Person von jeher bekannt gewesen seien.

Ueber die Frage der Ausweisungen führte die Regierung folgendes aus:

Die Ausweisungen sind während des Beamtenstreiks durch den französischen Oberbefehlshaber verfügt worden, nachdem die Regierungskommission den Belagerungszustand erklärt hatte und die vollziehende Gewalt dem Truppenbefehlshaber übertragen hatte. Die Uebertragung der vollziehenden Gewalt auf einen fremden Truppenbefehlshaber war eine Regierungshandlung, die dem Sinne und Geist des vom Friedensvertrage für das Saargebiet bestimmten Regierungssystems in jeder Beziehung widerspricht. Die Regierungskommission hat keine eigentliche ursprüngliche Regierungsgewalt, vielmehr übt sie die bisher dem Deutschen Reich und den beiden beteiligten deutschen Ländern zustehenden Regierungsbefugnisse lediglich im Auftrage des Völkerbundes nach den Grundsätzen einer treuhänderischen Verwaltung aus. Ihr als Mandatarin muß das Recht abgesprochen werden, sich dieser ihr übertragenen Befugnisse auch nur zeitweilig zugunsten eines von ihr nicht abhängigen Organs zu entäußern, erst recht natürlich, wenn dieses Organ als französischer Offizier und Truppenbefehlshaber gerade von derjenigen Macht abhängig ist, mit der Deutschland nach dem Friedensvertrage im Wettbewerb um den künftigen Besitz des Saargebietes steht. Demnach mußten die Ausweisungsbefehle des französischen Militärbefehlshabers in rechtlicher Hinsicht als völlig nichtig angesehen werden.

Nach deutscher Auffassung, meinte die Regierung, hätte aber nicht einmal die Regierungskommission selbst derartige Ausweisungen aussprechen dürfen. Nach Art. 46 bezwecke die ganze Regelung, die die Regierung des Saargebietes durch den Friedensvertrag gefunden habe, die Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt dieser Bevölkerung. Hiermit stehe in schreiendem Widerspruch, wenn während dieser Regierung Mitglieder der der angesessenen Bevölkerung von Haus und Hof gejagt und aus dem ganzen Gebiet ausgewiesen würden. Trotzdem habe die Regierungskommission diese Willkürakte des französischen Befehlshabers nachträglich gebilligt. Einem Teil der Ausgewiesenen habe sie später nach Aufhebung des Belagerungszustandes nur gnadeweise die Rückkehr gestattet; einem anderen Teil habe sie selbst diese Vergünstigung ausdrücklich verweigert. Auch hiergegen sei seitens der deutschen Regierung Protest erhoben worden.

Es wurden dann weiter die Fragen des deutschen Beamtenums im Saargebiet erörtert. Die

Regierung erklärte, daß sich durch den Uebergang der Regierungsgewalt von Deutschland auf die Regierungskommission manche Schwierigkeiten und Zweifelsfragen ergeben hätten. Die deutsche Reichsregierung sei zunächst von der Ansicht ausgegangen, daß es der Regierungskommission erwünscht sein müßte, wenn möglichst viele Beamte von dem alten Stamm, der nicht nur über die nötigen Fachkenntnisse und Erfahrungen, sondern auch über persönliche und örtliche Kenntnisse verfüge, im Lande verblieben, und daß es darum im Interesse aller Beteiligten, also nicht nur der Beamten selbst und der Reichsregierung, sondern auch der Regierungskommission liegen würde, diese Schwierigkeiten und Zweifelsfragen im Wege eines großzügigen Beamtenabkommens zu beheben. Das Zustandekommen eines solchen Vertrages sei aber an der „intransigenten“ Haltung der Saarregierung gescheitert. Die Regierungskommission sei einseitig vorgegangen durch Erlass eines Beamtenstatuts, durch das die Stellung der deutschen Beamten in jeder Hinsicht verschlechtert werde. Die Reichsregierung habe nichts unterlassen, hiergegen zu protestieren, habe sich alsdann aber genötigt gesehen, nunmehr auch ihrerseits einseitig vorzugehen, indem sie die Beziehung der in den Dienst der Regierungskommission übergetretenen ehemaligen Reichsbeamten zu ihren alten Verwaltungen in einer Weise regelte, daß den Beamten bei einem etwaigen Rücktritt in den deutschen Dienst in bezug auf Beförderung, Besoldungsdienstalter, Pension, Hinterbliebenenversorgung usw. kein Nachteil erwachsen könne. Gleiche Bestimmungen seien von Preußen und Bayern erlassen worden.

Zuletzt wurde die Frage der Pressefreiheit und der Meinungsfreiheit erörtert. Die Regierung erklärte sich bereit, sofort für die Wahrung der vollen Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift einzutreten, erklärte aber gleichzeitig, daß es ihr leider verweigert sei, alles zu tun, da merkwürdigerweise der Friedensvertrag in dieser Hinsicht durch die Regierungskommission nicht verletzt werden könne, dieser schweige sich nämlich hierüber aus. Diesem negativen Zustande sei es zuzuschreiben, wenn die Reichsregierung bisher noch keine Protestnote in dieser Frage abgesandt habe. Ähnlich liege es mit der Einrichtung einer frei gewählten Volksvertretung. Der Friedensvertrag begnüge sich damit, die Anhörung gewählter Vertreter der Einwohner vor dem Erlass von Gesetzen und neuen Steuern durch die Regierungskommission vorzuschreiben. Die Regierungskommission glaube, dieser Vorschrift damit Genüge tun zu können, daß sie die Entwürfe ihrer Verordnungen mit ganz kurzer Frist den Kreistagen und der Stadtverordnetenversammlung in Saarbrücken zur Abgabe eines Gutachtens zugehen läßt, die dann vollkommen getrennt darüber berieten. Selbstverständlich sei die getrennte Abstimmung durch Körperschaften, die für ganz andere Aufgaben bestimmt seien, nur die Farce eines parlamentarischen Regimes. Ueberdies handle es sich nur um ein votum consultativum, und wie die Erfahrung gezeigt hat, lehne sich die Regierungskommission auch an ein übereinstimmendes Botum aller Kreistage nicht. Trotz allem liege aber eine offensichtliche Verletzung des Buchstabens des Friedensvertrages nicht vor, so daß sich die Reichsregierung jeden Schritt in dieser Frage verlagern müsse. Es werde Aufgabe der Bevölkerung sein, nicht zu erlahmen in ihrem Kampf um die Einsetzung einer wahren und wirklichen Volksvertretung.

Im Zusammenhang mit dieser Frage bemerkte der Regierungsvertreter, wie merkwürdig es berühren müsse, wenn der Völkerbund, der im Namen der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Demokratie durch den Friedensvertrag eingesetzt sei, bei dem einzigen Gebilde, das seiner eigenen und unmittelbaren Regierung und Verwaltung anvertraut sei, eine Regierungskommission vollkommen absolut schalten und walten lasse, ohne den Regierten irgendwelche Teilnahme an den Regierungsbefugnissen einzuräumen. Eigentlich müsse der Völkerbund es sich angelegen sein lassen, hier zu allererst die modernen Ideale der Demokratie zu verwirklichen. Auf diesen Gesichtspunkt sei besonders die Aufmerksamkeit jener Kreise zu richten, die internationale Fühlung hätten und denen der Gedanke des Völkerbundes am Herzen liege. Die Reichsregierung selbst könne in dieser Beziehung nach Maßgabe des Friedensvertrages und der Verhältnisse

nicht viel erreichen; es sei Aufgabe der breitesten Öffentlichkeit, die ganze Welt aufzurufen, um die Mißstände, wie sie sich im Saargebiet unter der Hegide des Völkerbundes herausgebildet hätten, zu beseitigen.

Das sind die wesentlichsten Punkte der Regierungserklärungen, die ich in besonderem Auftrage des Ausschusses hier ausführlich wiedergegeben habe. Der Ausschuß war ebenso wie die Regierung der Meinung, daß diese wichtigen Fragen eine Erörterung in der breiten Öffentlichkeit verlangten. Es wurde schließlich mit Zustimmung sämtlicher Mitglieder beschlossen, die Petition der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und folgende Entschliebung anzunehmen: die Reichsregierung zu ersuchen, ein Weißbuch über die Lage im Saargebiet baldmöglichst herauszugeben.“

Das Wort erhielt darauf Reichstagsabgeordneter Dr. Reichert: Wir haben eben aus dem Bericht der Regierung, den der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, entnommen, in welcher schwerer Lage sich die Saarbevölkerung befindet. Ich kann der Entschliebung des Ausschusses nur zustimmen, daß uns die Regierung möglichst bald ein Weißbuch über die Lage im Saargebiet gibt, allein nicht nur über die politische Lage, sondern vor allen Dingen auch über die wirtschaftliche Lage. Denn die Kohlen-diktatur, die dort mit der Hinausschraubung der in Franken ausgedrückten Kohlenpreise ausgeübt wird, hat schon verhängnisvolle Folgen, daß man sagen kann: das Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist nur eine Frage von Wochen, und damit ist das Stilllegen der größten Betriebe in allernächster Nähe gerückt. Ich glaube, es wird dringend nötig sein, in der Beziehung nachzuweisen, inwieweit die Regierungskommission, dieser merkwürdige Ableger des Völkerbundes, zu einem neutralen Organ geworden ist, was ja nach dem, was wir eben gehört haben, ganz und gar nicht der Fall ist, und zu zeigen, wie parteiisch dort von französischer Seite verfahren wird.

„Wir vergessen Euch nicht, Ihr Brüder an der Saar!“ Das ist das Fazit dieses Eintretens der Regierung und der Volksvertreter für die Interessen der saar-deutschen Bewohner. Wir werden helfen, alle. Wir werden kämpfen. Der Bund „Saar-Verein“, der „Saar-Freund“ im Verein mit der gesamten deutschen Presse, Schulter an Schulter mit dem gesamten deutschen Volk, bis all die Uebergriffe, Drangsalierungen und Schikanen einer französisch orientierten Regierungskommission, bis die französischen Säbelrassler und die französischen Beutegeier verschwinden, von dir genommen sind, du Land an der Saar, bis du erlöst bist von den Banden der Knechtschaft.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Haltet der Heimat heilige Scholle!
Deutsch soll sie bleiben, komme, was wolle!
Komme, was wolle, Glück oder Leid,
Deutsch soll sie bleiben in Ewigkeit!
(Kernstock.)

Friedhofstille herrschte seit einigen Monaten im Saargebiet. Es war das ein Zeichen dafür, daß die Bevölkerung durch die sich überstürzenden Französisierungsmahnahmen

der Regierungskommission und ihrer Gefolgschaft unzufrieden, tief bedrängt und unterdrückt sich auf sich selbst zurückgezogen hatte. Allmählich durchbrachen seit einiger Zeit die Flammen der unter der täuschenden Decke der Ruhe glimmenden Glut den Wall fränkischen Zwanges. Des Volkes Seele beginnt zu kochen. Videant consules!

Den Anstoß, um den Stein ins Rollen zu bringen, gab der Verordnungsentwurf der Regierungskommission über die

Eigenschaft als Saarbewohner.

Wir sind auf das teuflische Schreibwerk bereits in Nr. 10 des „Saar-Freund“ näher eingegangen. In diesen Tagen aber ergreift die gesamte führende deutsche Presse das Wort gegen dieses Vorhaben. Die „Deutsche Tageszeitung“,

die „Germania“ und viele andere bringen lange Protestabhandlungen. Auch der Berner „Bund“ ruft dem Schweizer Volke zu, mehr Acht zu geben auf die Geschehnisse im Saargebiet.

Es kann nicht stark genug hervorgehoben werden, von welcher unübersehbarer Tragweite Bestimmungen von solcher allgemeiner Fassung sind wie: „Alle Saarbewohner haben gleiche Rechte“, oder „alle entgegengesetzten Bestimmungen sind aufgehoben“. Es bleibt abzuwarten, welche Wirkung diese beiden letzten Bestimmungen im Saargebiet auslösen werden, sollten sie gegen den Willen aller in die Tat umgesetzt werden. Eines ist klar und verdient wiederholt hervorgehoben zu werden: Der Zweck der Verordnung ist der, allen Ausländern das Stimmrecht zu den Gemeinde- und Kreisparlamenten zu geben, um auf diese Weise das Bevölkerungsbild der Saar zu fälschen, die Politik in den Gemeinde- und Kreisparlamenten in französischem Sinne zu beeinflussen, um so die Bevölkerung für die Abstimmung nach 15 Jahren in einem für Frankreich günstigen Sinne gefügig zu machen.

Ueber die mit dieser Frage parallel laufende Bestrebung der Saarregierungscommission, die französischen Truppen im Saargebiet festzuhalten, schreibt die „Germania“:

„Gibt es im Saargebiet Besatzungstruppen oder nicht?“

Der Friedensvertrag gibt eine klare und unzweideutige Antwort. Im Paragraphen 30 des Kapitels 2 der Anlage IV heißt es: „Im Saarbedengebiet findet kein Militärdienst statt, weder pflichtmäßiger noch freiwilliger... Nur eine örtliche Gendarmerie wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet.“ Es erhebt also klar, daß Besatzungstruppen im Saargebiet weder eine formale noch eine moralische Existenzberechtigung haben. Lediglich französische Willkür, leidige Sucht nach Revanche und unersättliche Ländergier sind für den Aufenthalt der französischen Truppenkontingente an der deutschen Saar mit ihrer wohlgeordneten Arbeiterschaft maßgebend und bestimmend. Trotz der vielen Proteste, die von deutscher Seite gegen eine derartige Vergewaltigung der Bestimmungen des Friedensvertrages erhoben wurden, haben die französischen wie die Saarregierung nichts getan, um die Rechtsverletzung wiedergutzumachen. Im Gegenteil, der neue Etat des französischen Kriegsministeriums sieht einen besonderen Vorschlag für Besoldung und Verpflegung der „Saartruppen“ vor. Das kommt natürlich einer Verewigung der augenblicklichen haltlosen Zustände gleich. Wie schon früher, erheben wir auch heute feierlichen Protest gegen die unerhörte Vergewaltigung der deutschen Saarbevölkerung, die seit Jahr und Tag in schwerem Kampfe um ihr gutes Recht verflaut und gefesselt zusehen muß, wie Auch-Kulturträger schwarzer Rasse in französischer Uniform als „örtliche Gendarmerie“ gestempelt werden, ein bitterer Hohn auf Moral und Gerechtigkeit!

Daß die französischen Truppen im besetzten deutschen Gebiet auf Kosten des ausgelegenen deutschen Volkes

leben wie die Maden im Speck, das ist hinreichend bekannt, doch ist es äußerst interessant, einmal zu sehen, was so einem französischen Poilu oder so einem schwarzen Kulturträger an Verpflegung vorgelegt wird. Nachstehend der

Speisezettel eines französischen Truppenteils

vom 29. Mai:

Mittags:

Hors d'oeuvres:
Sardinen, Würstchen, Butter,
Rückenstück mit Kopfsalat,
Neue Kartoffeln gebraten, Spargel mit Rahmsauce,
Apfelsinen, Creme de Gruyere.
Getränke: ¼ Liter Rotwein, 1 Flasche Weißwein für vier.

Abends:

Rudelsuppe,
Ochsenfleisch mit Tomatensauce,
Bohnensalat,
Confiture,
¼ Liter Rotwein,
Lee.

Dreiviertel des gesamten deutschen Volkes wäre froh, wenn es derartig leedere Mahlzeiten nur einmal am Sonntag sich leisten könnte. Der Franzmann hat es alle Tage. Michel zahlt's ja!

Nach langem, langem Zögern hatte sich denn Ende Mai die Saarregierungscommission endlich dazu bequemt, mit der Reichsregierung über die

schwebenden wirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen Verhandlungen zu führen. Die Abordnung der Regierungskommission, an deren Spitze der Präsident, französi-

icher Staatsrat Kautz, stand, und der als weiteres Mitglied der Regierungskommission Dr. Hector angehörte, hat sich längere Zeit in Berlin aufgehalten, um mit der von der Reichsregierung bestimmten deutschen Vertretung über die aus den Bestimmungen des Friedensvertrages über das Saargebiet sich ergebenden Fragen zu verhandeln. Ueber einige Punkte ist es zu einer Einigung nicht gekommen. Dagegen ist es gelungen, über eine größere Anzahl von Punkten in großen Zügen Richtlinien für Einzelabkommen festzulegen. Es handelt sich vor allem um die Frage der Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen im Saargebiet. Diesen sollen nunmehr alle Vorteile des Reichsversorgungsgesetzes zugewandt werden. Die Regierungskommission wird sich an der Aufbringung der hieraus sich ergebenden Lasten zu drei Vierteln beteiligen. Für die Versorgungsbehörden im Saargebiet ist eine Regelung dahin getroffen, daß die Verwaltung auf die Saarregierung übergeht, dem Deutschen Reich aber ein Präsentationsrecht für die Besetzung der Beamtenstellen eingeräumt wird. Auf dem Gebiete der

Sozialversicherung

beabsichtigt die Regierungskommission selbständige Versicherungsträger für das Saargebiet zu schaffen. Durch Einsetzung einer gemischten Gerichtsbarkeit ist aber Vorsorge getroffen, daß die Interessen der deutschen Versicherungsträger hierdurch nicht geschädigt werden. Abgesehen von rein finanziellen und verwaltungstechnischen Fragen ist schließlich noch ein Abkommen zur Vermeidung von doppelten Steuern geschlossen worden.

Es war höchste Zeit, daß hier etwas geschah. Das Saargebiet liegt wirtschaftlich darnieder infolge der Verwelschungsmaßnahmen der Regierungskommission und der Mißwirtschaft, Unkenntnis und Unfähigkeit des größten Teiles der französischen Beamten. Mit dem Tage des Inkrafttretens des Versailler Friedensvertrages endete in der Wirtschaftsgeschichte des Saargebiets eine Zeit glänzenden Aufstiegs unter Preußen-Deutschlands Führung.

Aber es hat nicht den Anschein, als ob es der Saarregierung mit der Besserung der Lage der Bevölkerung in allernächster Zeit wirklich ernst wäre. Das würde ja auch gegen ihr sonstiges Prinzip verstoßen. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt zur Illustration der Lage folgende recht bezeichnende Notiz:

„Wir haben schon mehrere Male darauf hingewiesen, daß es nicht gerade unangenehm ist, im Saargebiet Minister zu sein. Wie ein Spuk aus dem 18. Jahrhundert regieren in der alten Residenz der Fürsten von Nassau-Saarbrücken die hochmögenden Mitglieder der Regierungskommission, von keinem Parlament gestört und im Namen eines fernen Völkerbundes souverän. Nur die Presse des „Auslandes“ stört manchmal die stille Behaglichkeit der Duodezregierung. Ganz in dieses Bild paßt es, daß sich die Regierungskommissionäre und ihre Generalsekretäre aus eigener Machtvollkommenheit das Recht der Exterritorialität und Steuerfreiheit zugewilligt haben. Da ihre Gehälter nur das 6-8fache deutscher Ministerbezüge ausmachen, wird man ja dieses Vorrecht nicht unbillig finden. Die Steuern würden allerdings eine unangenehme Höhe erreichen, da den Herren noch erhebliche Nebenbezüge und Spesen von mehrfacher Art zufließen, die beim Fehlen eines festen Haushaltsplans schwer nachzuprüfen sind. Um auch die ausländischen, zumeist französischen Be-

amten dafür zu entschädigen, daß sie das große Opfer bringen, ein deutsches Land regieren zu helfen, wird ihnen eine Steuerfreiheit von 40 Prozent zugewilligt, während die deutschen Beamten die vollen Steuerbeträge zu zahlen haben. Die „Unterthanen“ aber, die z. B. in Saarbrücken 680 Prozent Gemeindeumlagen zu zahlen haben, seufzen ganz wie zu absolutistischen Zeiten in der Stille über die Begünstigung ihrer landfremden Regenten. Aber was sollen sie tun? Wird sich nicht doch einmal der Völkerbund um dieses Land kümmern, für dessen Schicksal er vor der Menschheit und der Geschichte die Verantwortung trägt?“

Hierzu sei bemerkt, daß die Regierungskommission für die nichtdeutschen mittleren und unteren Beamten, welche die Regierungskommission des Saargebiets beschäftigt,

neue Gehaltsätze

aufgestellt hat. Bureauchefs, Abteilungs- und Sekretariatschefs erhalten mindestens 12 000 Franken und nach zwei Jahren 1200 Franken Gehaltserhöhung. Ein Dolmetscher mit Kenntnis dreier Sprachen bezieht 7800 Franken, ein Maschinenschreiber 6000 Franken im Jahre; die Gehälter der Unterbeamten steigen alle zwei Jahre oder früher um 400 Franken. Mit anderen Worten: ein

ausländischer (französischer) Maschinenschreiber der Saarregierung erhält bei dem gegenwärtigen Kurs ein Jahresgehalt von über 40 000 Mark. Man schaffst sich also selbst das Fettnäpfchen, in das man sich legt.

Die Franzöisierung des Saargebiets mit allen Mitteln

wird fortgesetzt. Französische und englische Großkapitalisten sind zurzeit bestrebt, namentlich Betriebe der Keramikindustrie aufzukaufen. In den letzten Tagen trafen in einem Sonderzug 150 französische und englische Großindustrielle im Saargebiet ein, um die Fabrikation des Industriebezirkes zu besichtigen. Man wirft Geld ins Land, um es abhängig zu



Gießen eines Stahlblocks für eine Panzerplatte im Martin-Stahlwerk der Dillingerhütte.

machen und entzieht es ihm wieder auf andere Weise. Um es aber mit einem der Hauptfaktoren des Saargebiets nicht zu verderben,

schmeichelt man den Saarbergleuten.

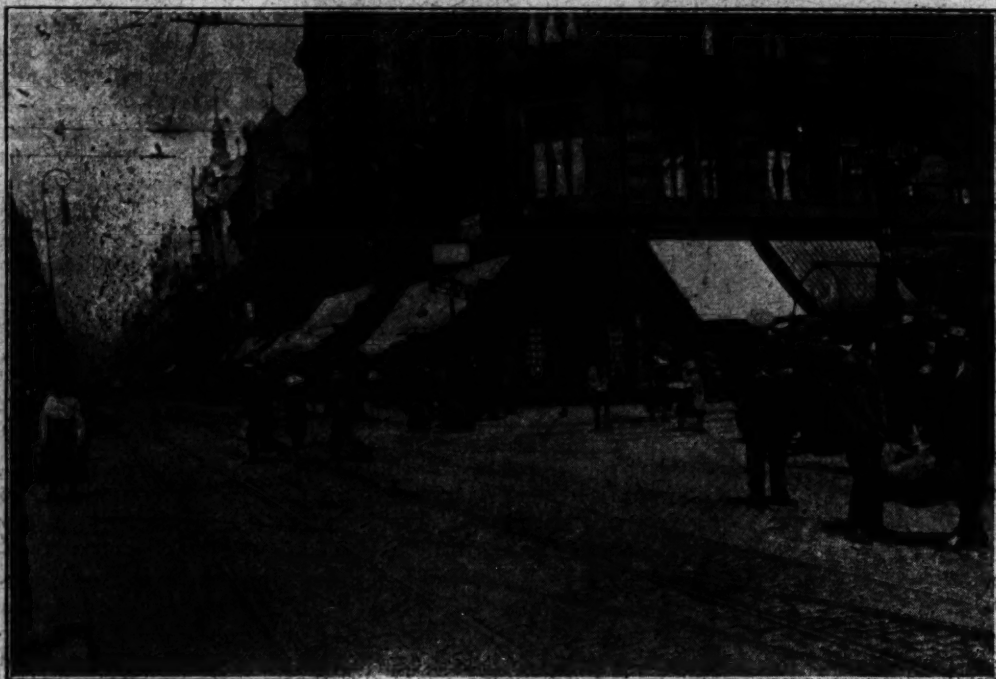
In dem französischen Bericht über die Saargemünder Ausstellung heißt es u. a.: „Insbesondere wurden von den hohen Gästen drei Kohlenblöcke der Saargruben Felsen, Reden und Sulzbach bewundert. Ein kräftiges Glückauf den Bergleuten, die es verstanden haben, in kürzester Zeit diese Riesenblöcke unverfehrt an Tag und nach Saargemünd an Ort und Stelle zu befördern.“

Wie wenig dagegen der Bergmann von den Franzosen wissen will, zeigte sich auf der

Tagung der deutschen Bergarbeiter

in Gießen, wo der Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Umbreit, über die Frankenfrage folgendes darlegte:

Die wirtschaftliche Seite sah sich anfänglich (1) sehr verlockend an. Die Folge davon sei aber eine ungeheure Verteuerung gewesen. Andererseits sei auch eine ungeheure Verteuerung der Kohle dadurch entstanden, wodurch der Absatz derselben unterbunden wurde. Die politische Seite bedeute, das Saargebiet möglichst an Frankreich anzuschließen. Durch die Frankenwährung würde es unmöglich, die Produkte des Saargebietes in Deutschland abzusetzen, das dann gezwungenermaßen sich auf den westeuropäischen Markt ein-



Saarbrücken: Ede Bahnhof und Dudweilerstraße.

stellen müsse. Umbreit gab noch Kenntnis davon, daß vor einiger Zeit Vertreter der Amsterdamer Internationale das Saargebiet zu Informationszwecken bereist haben. Es sei der französische Gewerkschaftsführer Merheim gewesen, der vor der Saararbeiterschaft ausgeführt habe: wenn ihr französisch werden wollt, dann müßt ihr euch für die Frankenwährung erklären.

wenn ihr aber deutsch bleiben wollt, dann müßt ihr euch für die Markwährung einsetzen.

Umbreit ist ganz richtig der Meinung, daß es für die Saarbevölkerung von größerem Vorteil und Nutzen ist, wenn sie beim Mutterlande Deutschland bleibt.

Die Frankenfrage bleibt überhaupt die Wunde im Körper des deutschen Saargebiets. Doch

die Regierungskommission bohrt weiter.

Am Schlusse der lehtin stattgehabten Tagung der „Vereinigung der Volksschullehrer und Lehrerinnen des Saargebiets“ machte Lehrer Just-Saarlouis die sensationelle Mitteilung von einer geplanten

Abstimmung über die Frankenbesoldung für die Beamtenschaft.

Er führte aus: Von sämtlichen Beamten des Saargebietes beziehen heute 9000 Frankenbesoldung. Von den übrigen 3000 Beamten, die noch keine Frankenbesoldung beziehen, sind 2300 Lehrer, der Rest Gerichtsbeamte, Steuerbeamte und Förster. Nun hat sich eine fünfgleidrige Kommission dieser Beamten an den Präsidenten Kault und den Kabinettschef Maurice gewandt, mit der Bitte um Zahlung eines Ausgleichs zwischen Franken- und Markgehalt. Der Vorschlag nach Aufbesserung in Mark wurde als in diskutabel abgelehnt, ebenso ein Vermittlungsvorschlag, wonach die Differenz am Schlusse eines jeden Jahres in Franken ausgezahlt werden sollte. Man gab aber zu erkennen, daß eine Besoldung in Franken ohne weiteres gewährt werden würde. Daraufhin hat der Ausschuß des Beamtenbundes beschlossen, eine Urabstimmung stattfinden zu lassen.

Man will also heute den Franken noch weniger denn je. Das zeigt auch gar zu deutlich eine unter dem Personal der Straßenbahn und des Elektrizitätswerks in Saarlouis vorgenommene Abstimmung über eine etwaige Einführung der Frankenlöhnung. Sie hatte folgendes Ergebnis: 242 Stimmen wurden für die Beibehaltung der Markwährung und 87 Stimmen für die Einführung des Franken abgegeben. Vier Stimmen waren ungültig. Wenn an einzelnen Stellen infolge des französischen Druckes — wie kürzlich in Merzig — trotzdem von einem kleinen Häuflein die Frankenentlohnung gefordert wird, so sehen wir jedesmal mit konstanter Regelmäßigkeit, wie solche Bewegungen Schiffbruch leiden.

Trotzdem verordnete die Regierungskommission mit Wirkung vom 15. Mai, daß in Fällen, in denen die Löhne der Versicherten in Franken ausgezahlt werden, die Beiträge zu den Kassen wie die Leistungen der Kassen in Franken erhoben bzw. ausgezahlt werden können.

Ein weiterer Saarregierungserlaß verbietet den Gemeinden und allen öffentlichen Anstalten und Körperschaften, Unterstützungen oder Zuschüsse des deutschen Reiches, des preussischen oder bayerischen Staates oder einer Dienststelle dieser Regierungen ohne Genehmigung der Regierungskommission zu beantragen oder anzunehmen! —

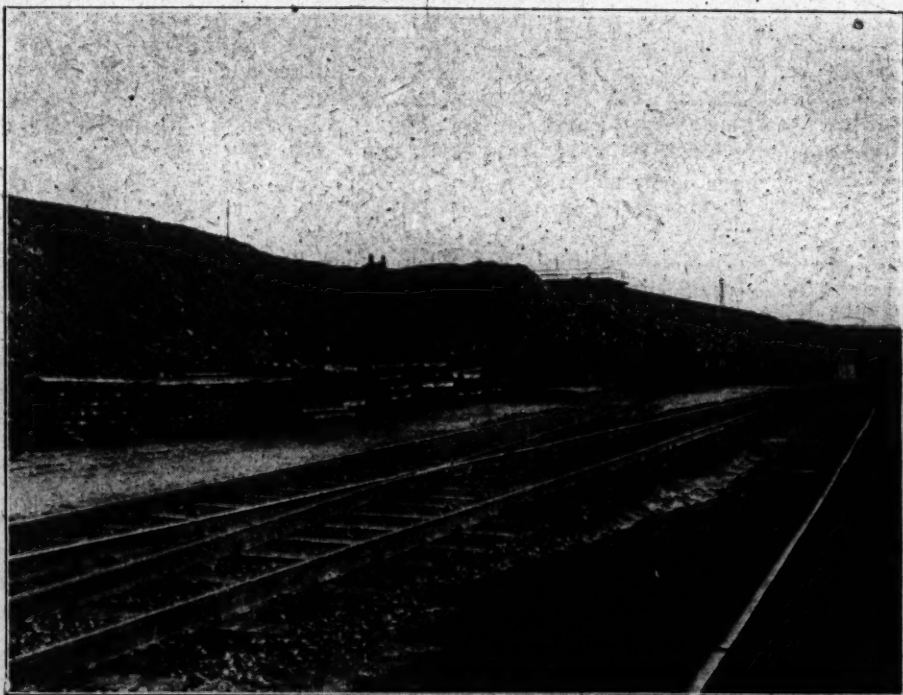
Ein eigenartiges Zeitungsverbot wird aus dem Saargebiet berichtet. Einer Pariser Meldung zufolge hat der kommandierende General der Saartruppen, Brissand Desmasset den

**„Nouveau courrier de la Sarre“
(„Neuer Saarkurier“)**

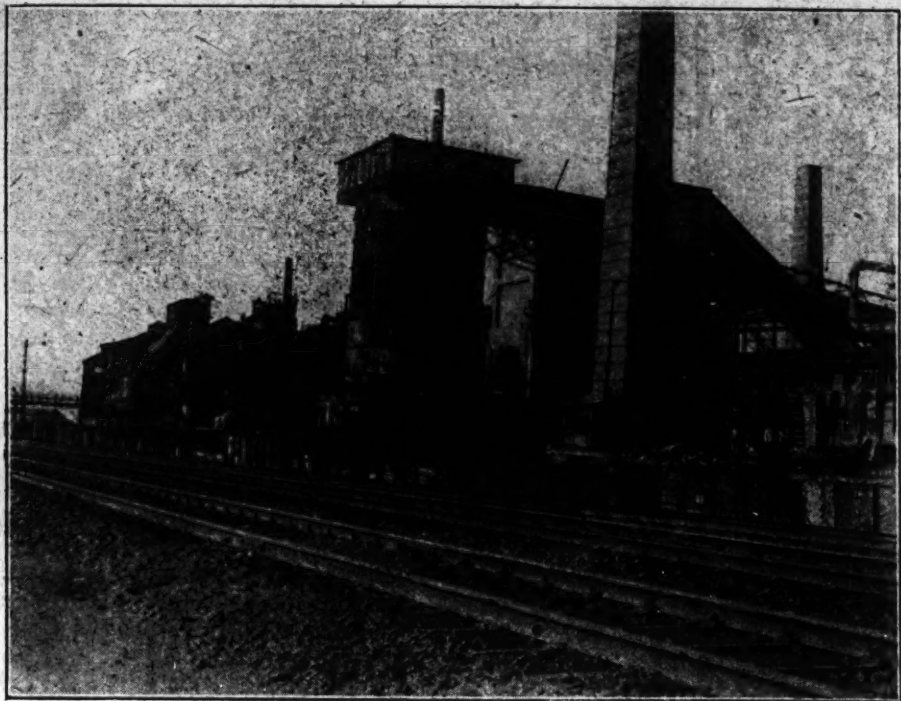
für das französische Militär verboten.

Der Ort der Herkunft bezeichnet in genügender Weise die Tendenz der Meldung. Keine Aktion ist wohl je so plump und in die Augen springend dumm eingestellt worden als diese. Der Pariser

„Eclair“ vom 27. Mai bringt den stichhaltigsten Beweis für die Westorientierung des Blättchens, wenn er schreibt: „Hat doch dieses Blatt am Tage nach der Abstimmung in Oberschlesien einen Standpunkt eingenommen, den heute noch Lloyd George vertritt, und hat einige Tage darauf Protestkundgebungen der preussischen und bayerischen Beamten gegen die Einführung des Franken im Saargebiet veröffentlicht. Und heute die lehte Heidenat des „Kurier“. Dieses biedere Blatt, dessen Aufgabe es ist, Frankreich bekannt und beliebt zu machen, . . . Der Zweck des Schaal-Verlages ist damit hinreichend gekennzeichnet. Die Abonnentenzahl dieses Presseorgans unter den deutschen Eingeborenen ist eine überaus minimale, abgesehen von der Tatsache, daß Leute, die den „Neuen Saarkurier“ halten, noch lange nicht Französlinge sein müssen. Die französischen Einwanderer halten Pariser Zeitungen, aus Dankbarkeitsgefühl der französischen Regierung gegenüber, vielleicht auch den „Saarkurier“. Unter den „Besatzungstruppen“ ist dieses saubere Presseorgan überhaupt nicht verbreitet, zumal es nur wenige Zeilen französischen Textes aufweist. Das ausgesprochene Verbot hat in Wirklichkeit gar keine Bedeutung. Es entlarvt sich für den, der die verfahrenen Verhältnisse im ehemals blühenden Industriebezirk an der Saar kennt, als ein außerordentlich plump und schwerfällig angelegtes Manöver, um einerseits den französischen Charakter der Zeitung zu verwischen und andererseits dem anscheinend sehr rapiden Abonnentenschwund Einhalt zu gebieten. Einen Erfolg wird dieser neue Trieb der Verwelschungspropaganda nicht zeitigen. Denn es steht unzweifelhaft fest,



Kohlenhalden eines Saar-Steinkohlenbergwerks.



Teilanlsicht der Koksanlage der Grube Altenwald.

und die deutsche Saarbevölkerung weiß zur Genüge, daß der „Neue Saarkurier“ bewußt französische Propaganda treibt. Er bleibt das, was er auch bisher war, ein ausgesprochenes *Franzosenblatt*, das gerne seine wahre Tendenz verleugnen möchte, von seinen französischen Hintermännern aber infolge persönlicher Unfähigkeit und Geistesbeugung immer wieder vor der deutschen Öffentlichkeit entlarvt wird. So sagt die „Germania“, und wir können ihr voll beipflichten!

Gleiche Brüder, gleiche Kappen

heißt es in einem alten Saarbrücker Sprichwort. Was der „Neue Saarkurier“ für Saarbrücken ist, das ist die „Bürgerzeitung“ für die Forbacher. Pierre Lejeune, „Peter der Junge“, nennt sich ein Tintentuli, der sich in diesem Blättchen in die Herzen seiner „Arbeitgeber“ hineinzuschmieren sucht. Und das Blättchen, das in deutscher Sprache erscheint, vermutlich, weil es in Forbach keine Franzosen gibt, die vor „Peter dem Jungen“ mit Geist versorgt werden können, stellt diesem Manne die ganze erste Seite, wo sonst der ernsthafte, in diesen Zeiten aber ganz besonders ernsthafte politische Artikel steht, für ein „leichtes“ Feuilleton „Wenn's Mailüsterl weht...“ zur Verfügung. Hierin gibt es allerdings so neben Schilderungen von Landpartien, Kinos usw. — weil's eben ein „leichtes“ Feuilleton sein soll — plötzlich ganz ernsthafte Auseinandersetzungen mit der hohen Politik. Daß es z. B. ein Unding sei, das Ausbeutungsrecht der Gruben Frankreich zu übertragen (!), es zum Beherrscher des Wirtschaftslebens im Saargebiet zu machen (!), ohne aber die Staatszugehörigkeit der Bewohner zu ändern!! Deshalb müsse die Regierungskommission ohne jede Rücksicht auf Deutschland handeln. Letzte Weisheit von „Peter, dem Jungen“. Daneben wird dann noch eine ganze Menge für den guten „uneigennütigen“ Karriere gebrochen, das arme Opfer böser Intriganten, die sich ihre Zielobjekte gerade unter den hochintelligenten Elässern aussuchten.

Dieser Artikel läßt tief blicken, besonders die Stelle gleich zu Anfang, wo Lejeune bedauert, daß auch der „Neue Saarkurier“, „dem es allerdings leider an einer einheitlichen und selbständigen Leitung fehlte“, oft die gewünschte Einsicht vermissen lasse.

In anderen Artikeln sucht der brave Pierre sich ein paar weitere Sporen zu verdienen... mit einer Schimpfattacke auf den „Saar-Verein“. Nur zu, lieber tapferer Pierre! Das bringt Dich in den Sattel, wenn Du noch nicht ganz nach Wunsch drin sitzt. Und wenn es Dir etwas einbringt, dann wissen wir, daß unsere Arbeit nicht vergeblich war. Wenn Du uns loben würdest, würden wir die Segel streichen.

Und dann ergötzt sich dieser Skribent an einer waderen Denunziation. Er denunziert die bekannte Schriftstellerin Lis-

beth Dill, als sei sie vom „Saar-Verein“ für Propagandazwecke engagiert worden und — es fällt einem schwer, es hier auch nur um der Abwehr willen zu sagen — mißbraucht ihr Talent. Die ganze für die Schriftstellerin hunds-gemeine Denunziation kann dieser L... nein, wir wollen nicht in seinen Fargon verfallen — I... liebe junge Knabe mit der einzigen Tatsache begründen, daß Frau Lisbeth Dill einmal bei einer Zusammenkunft der Saar-deutschen in Berlin aus ihren Werken vorgelesen hat, zudem ganz Unpolitisches!

Wir gönnen seinem Brotherrn diese Kraft „Es gibt auf dieser schönen Welt in der Tat vielerlei Mittel, sich sein Brot zu verdienen“. Nur darf man in dem vorliegenden Falle nicht den Fehler begehen, einen Tintentuli mit einem Schriftsteller zu verwechseln. Fahren Sie so fort, junger Peter, es wird uns viel Freude machen! Wir sehen immer mehr, daß wir auf dem rechten Wege sind. Darum fahren auch wir so fort, wie wir angefangen haben. —

Die französisch-saarländische Handelskammer

macht neuerdings auch von sich reden. Sie ist jetzt ermächtigt worden, mit gleicher Wirksamkeit wie die deutsche Handelskammer, Ursprungszeugnisse für den Warenversand nach Frankreich auszustellen. Damit ist sie in aller Form sanktioniert. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht gibt sie ein Bild ihrer „verdienstlichen und unablässigen Tätigkeit, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich zu verbessern und zu erleichtern“. Die Mitgliederzahl der Kammer, an deren Spitze der bekannte Grund- und Fabrikbesitzer Urban Fabvier in Wallerfangen steht, beläuft sich bereits auf 450, darunter zahlreiche Kaufleute und Industrielle aus dem Saargebiet, die sich haben hineinplassen lassen. Der Einfluß, der letzteren Herren eingeräumt wird, ist höchst negativ, den Ton geben die Herren Franzosen einzig und allein an, mögen sie nun in Saarbrücken, Lothringen oder Frankreich wohnen. So zeigt die Liste des neugewählten Verwaltungsrates lediglich Franzosen als Mitglieder auf, was ja auch dem Charakter der Handelskammer am besten entspricht.

Zum Schluß sei hier nochmals der

Anebelung der Versammlungs- und Redefreiheit

gedacht. Gegenwärtig bereisen nicht im Saargebiet geborene kommunistische Reichstagsabgeordnete und Freidenker das Saargebiet und halten Vorträge in öffentlichen Versammlungen. Die oberste Polizeiverwaltung des Saargebiets läßt also Redner aus dem Reiche von den beiden genannten Gruppen hier auftreten. Die Gerechtigkeit verlangt aber, daß diese Haltung allen Parteien und Organisationen gegenüber eingenommen wird. Sonst werden regelmäßig Anträge, Redner aus dem Reiche hier auftreten zu lassen, abgelehnt, obgleich es sich



Das Schloß zu Ottweiler 1570.

in einzelnen Fällen um solche Redner handelt, die Vorträge rein wissenschaftlichen Charakters halten sollen!

Die sich immer fester fügende Mauer der Abwehr der Saar-gebietsbevölkerung gegen die dauernden

Vergewaltigungen und Bevormundungen

findet natürlich auch ihre Ausnahme von der Regel. Wenn aber der eben neu ernannte Amtsvorstand von St. Ingbert, Oberregierungsrat Dr. Maurer, ein früherer pfälzischer Regierungsbeamter, es über sich bringen kann, sogar offiziell an einer Napoleonfeier in Bliestal teilzunehmen, trotzdem das französische Militär aus Saargemünd dabei die Hauptrolle spielte, so hat man auch einem solchen Beamten gegenüber nur ein Gefühl aufrichtigsten Efels. Wie sagt Homer?

„Einst wird kommen der Tag!“

Die französische Pressepropaganda im Saargebiet.

Ein besonderes Kapitel in der Propaganda, durch welche die Franzosen die ihnen im Versailler Diktat verlagte gebliebene Annexion der Rheinlande und des Saargebietes zu erreichen suchen, bildet die Beeinflussung der Presse. Mit dem ihnen in solchen Dingen eigentümlichen Scharfblick haben die Franzosen erkannt, daß die Grundlage aller öffentlichen Meinung die Nachrichten von Ereignissen, Meinungsäußerungen prägnanter Persönlichkeiten, Korporationen und Zeitungen bilden und daß man, um diese öffentliche Meinung in entscheidender Weise zu beeinflussen, das besetzte Gebiet mit einem Netz von Nachrichten überspannen muß, die in diskreter und unauffälliger Weise eine allmähliche psychische Umstellung der Bevölkerung herbeiführt. Der Nachrichtendienst, der täglich dem Publikum von den Zeitungen vorgebracht wird, erzeugt den ersten und meist auch bleibenden Eindruck im Geist. Darin liegt die große Bedeutung des Nachrichtendienstes für die innere Position eines Landes.

In klarer Erkenntnis dieses Sachverhalts hat sich die französische Verwaltung im Rheinland sofort des Nachrichtendienstes des Wolffschen Büros bemächtigt; sie stellte sämtliche Filialen dieses Büros, insbesondere natürlich die Hauptzentrale, für die Rheinlande in Mainz in ihren Dienst. In dem dortigen Büro wurde die militärische Überwachungsstelle für sämtliche in das besetzte Gebiet einlaufenden und aus dem Rheinland herausgehenden Nachrichten eingerichtet. Sämtliche Nachrichten, nach Deutschland und nach dem besetzten Gebiet, wurden zensuriert und gelangten so, nur in französischer Färbung, in die Zeitungen. Von diesem Büro gingen und gehen auch noch die Nachrichten aus, welche die französische Regierung zur Propagierung ihrer Meinung verbreiten will. Dieses Mainzer Büro zeichnet nicht mehr als „W. T. B.“, sondern als „M. Z.“ Unglaublicherweise aber werden von dem Wolff-Büro im unbesetzten Deutschland trotz alledem diese Nachrichten als „W. T. B.“-Melungen verbreitet ohne jede Kennzeichnung, daß es sich hier um Nachrichten französischen Ursprunges handelt. Es läßt sich denken, einen wie nachhaltigen Einfluß diese Art der Nachrichtenverbreitung allmählich auf die öffentliche Meinung im besetzten und unbesetzten Gebiet haben muß. Das Mainzer Büro hat eine besondere Geschicklichkeit darin, irreführende Nachrichten zu verbreiten und durch scheinbar unauffällige Zusätze und Stillfierungen den ganzen Sinn einer Meldung zu entstellen. Ein Schulbeispiel dafür bildet die Meldung des Mainzer Büros, als infolge von Ernährungsschwierigkeiten im Saargebiet Unruhen ausgebrochen waren, es handle sich hier um „parteilichste Unruhen“. Durch die Zusehung des eines Wortes wurde das Odium von der französischen Behörde, die an den Ernährungsschwierigkeiten und den auf diese Weise entstandenen Unruhen schuld war, genommen und die gerechtfertigte Empörung der notleidenden Saarbevölkerung in Spartakismus umgedichtet!!

Mainz ist auch der Sitz eines großen französischen Büros, das die deutsche Presse sehr eingehend beobachtet und dem nicht die kleinste Meldung von irgendeiner Bedeutung entgeht. Hier sitzen die Stellen, von denen die Richtlinien der Propaganda an die Kreisdelegierten zur Bearbeitung der Presse hinausgehen. Die französische Propaganda ist geschickt genug, die Herausgabe direkt falscher Nachrichten zu vermeiden und solche nicht selbst, sondern durch bezahlte deutsche Agenten verbreiten zu lassen, um auf diese Weise den deutschen Nachrichtendienst zu diskreditieren. Ein besonders kenn-

zeichnendes Beispiel bildet dafür die Lancierung einer Schauer Geschichte von der Auffindung der Leichen zweier junger Mädchen in einer Garnisonstadt im Risthaufen einer Kaserne, die von französischen Agenten in eine große deutsche Nachrichtenagentur hineingebracht, sehr bald als eine Falschmeldung erkannt und nun dazu verwandt wurde, die vollkommen zutreffenden, sich häufenden Meldungen über das Verschwinden deutscher Mädchen infolge von Notzuchtakten und Lustmorden der Besatzungstruppen als Lügen hinzustellen.

(Schluß folgt.)

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

Aus dem Haushaltsplan der Stadt Saarbrücken für das Jahr 1921 ist als bemerkenswert hervorzuheben, daß der Etat der Polizeiverwaltung bei einer Einnahme von M. 80 000 einen Zuschuß von M. 2505 700 aufweist. Um so weniger ist es verständlich, wenn seitens der Regierungskommission der Stadt derartig kostspielige Auflagen wie die lehtin erfolgte Neuuniformierung der Schulkleute nach „englischem Schnitt“ gemacht werden. Auch in den übrigen Teilen des Haushaltsplanes sind ganz erhebliche Zuschüsse erforderlich, in erster Linie bei dem Etat des städtischen Wohnungsamtes, der einen Zuschuß von M. 1 067 200 erfordert, und dann bei dem Punkte „Behebung der Wohnungsnot“, der im laufenden Jahr einen Zuschuß von 25 Millionen Mark erfordert. Aus diesen paar Zahlen ist ersichtlich, daß das Geldbedürfnis der Stadtverwaltung ein immer größeres wird, und daß allem Anscheine nach mit einem Nachlassen der Steuerschraube für das laufende Jahr überhaupt nicht gerechnet werden kann. — Der allgemeinen Teuerung im Saargebiet sucht die Oberpreisprüfungskommission zu steuern, sie hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Zuschläge für Obst- und Gemüsehandel aufzuheben. Dagegen sind die Zuschläge für limonadenartige Getränke erhöht worden. Ebenso ist eine Erhöhung des Zuckerpriees erfolgt. — Durch Verfügung der Regierungskommission des Saargebietes ist die geistliche Schulaufsicht im Saargebiet aufgehoben worden. — In vielen Orten des Saargebietes haben sich in der letzten Zeit freie Schulgesellschaften gebildet, die die Errichtung weltlicher Schulen neben den jetzigen konfessionellen Schulen und ihre Gleichstellung mit diesen erstreben. — Eine ganz eigenartige Modeschau findet am 16., 17. und 18. d. M. im Ludwigspark in Saarbrücken im Freien statt. Dort sollen im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung die neuesten Moden durch lebende Mannequins vorgeführt werden. Es wäre nur zu wünschen, daß der Regengott dieser Veranstaltung kein allzu nasses Bad bereitet. — Der Sportverband der Stadt Saarbrücken hat dem Kinderfürsorgeverein der Stadt als Reinerlös aus dem Wohltätigkeitswettbewerb des Verbandes den Betrag von M. 8093,25 zugeführt. — Für den Kreis St. Wendel und die Bürgermeisterei Tholey wird in aller nächster Zeit ein besonderes Finanzamt errichtet. Ebenso wird ein solches für die Bürgermeistereibezirke Ludweiler, Püttlingen und Böllingen mit Sitz in Böllingen ins Leben gerufen. — Die Grippe wütet in Merzig und Umgegend weiter in erschreckendem Maße, und hat nach den Zeitungsmeldungen schon viele Opfer gefordert. — Bei der Versteigerung der Bubenplätze für die nächste Kirmes in Merzig wurden rund M. 30 000 (!) erzielt. Dabei wurden Liebhaber von Plätzen wegen Raum-mangels noch zurückgewiesen. — Auch die Bürgermeisterei Mettlach hat wegen der ungeheuren Wohnungsnot zu dem Mittel der Sperrung des Zuganges greifen müssen. Die Sperrung gilt auch für die Orte Reuchingen, Besseringen, Saarbölsbach und Dreisbach. — Mit dem 1. Juni d. J. ist Heiligenwald selbständige Gemeinde geworden. — Am 2. Juni fand an der Cloer ein Sommerfest des Lehrerseminars Merzig statt. — Kürzlich fand in Tholey die Einweihung des Denkmals zum Gedächtnis an die 63 gefallenen Krieger des Ortes statt. — In Limbach wird mit dem Kostenaufwande von nahezu M. 20 000 ebenfalls ein Denkmal für die im Weltkrieg Gefallenen der Gemeinde errichtet werden. — Die Papiermühle Schloßheim bei Dillingen wird als solche nicht wieder in Betrieb genommen. Der neue Besitzer richtet darin eine mechanische Striderei ein. — Ende Mai hat auch die Quäkerspeisung für unterernährte Schulkinder in Saarlouis ihren Anfang genommen, nachdem sie sich an anderen Orten vorzüglich bewährt hat. — Die Gründung eines städtischen Orchesters in Saarlouis kann nunmehr als vollzogen betrachtet werden. — Beim Amtsgericht Saarlouis ist die Stelle eines Amtsgerichtsrats zu belegen, ebenso sind 4 Stellen für Justizobersekretäre frei. — Beim Amtsgericht in Lebach ist ebenfalls eine Stelle für einen Amtsgerichtsrat offen. — Vom Amtsgericht in Böllingen ist die Ausschreibung von 3 Justizobersekretärstellen erfolgt. — In diesen

Tagen wird in der katholischen Kirche zu Speien ein Denkmal für die Gefallenen eingeweiht werden.

Vereine. Am Sonntag, dem 22. Mai hielt der Sängerverband des Saarlandes im Saalbau in Saarbrücken sein zweites Wertungssingen ab. In dem friedlichen Sängerkrieg waren insgesamt 11 Vereine angetreten. Der Besuch war ein über Erwarten hoher, und die Verbandsleitung lank mit dem Verlauf des Wertungssingens außerordentlich zufrieden und dessen sicher sein, daß sie mit ihren Zielen und Bestrebungen auf dem richtigen Wege ist. — Der Männergesangsverein „Sängerkreis“ aus Saarbrücken war kürzlich bei der Liedertafel in Boppard zu Gast. Im Anschluß an einen Bericht über das Gastfringen des Saarbrücker Vereins sagt die „Bopparder Zeitung“: „Kein Treuschwur ist so bindend wie die Harmonie der Seele im Liedertang, und kein Hoffnungswort ist tröstender und begeisternder als das auf den reinen Wellen der Harmonie in den Aethern steigende!“ — Am 30. Mai hatten sich in Saarbrücken die Anhänger des Stenographiesystems Stolze-Schrey aus allen Teilen des Saargebietes zusammengefunden und haben den „Stenographenbund Stolze-Schrey für das Saargebiet“ ins Leben gerufen.

Sport. Die sogenannte internationale Fernfahrt für Berufs- und Amateurfahrer, der große Straßenpreis des Saargebietes, wurde am 29. Mai ausgefahren. — In St. Ingbert fand am 31. Mai ein Arbeitersporttag für das Saargebiet statt. — Bei dem am 5. 6. in Elversberg stattgefundenen Jubiläumswettstreit für Schwerathletik errang der Kraftsportverein „Siegfried“ drei Preise. — Die St. Johanner Turnerschaft hat ihren so wunderschön inmitten des St. Johanner Stadtwaldes am Waldhaus gelegenen Turn- und Spielplatz wieder hergerichtet. — Mit einigen hervorragend durchgeführten Spielen wurde am 29. v. M. der Spielplatz in Quierschied eingeweiht. — Im Pokalspiel traf sich Borussia-Neunkirchen und Frankfurt mit dem Resultat 2:1. — Die Turnerschaft von 1860, Neunkirchen, hat eine Turnabteilung für Mädchen unter 14 Jahren neu eingerichtet.

Personalnachrichten. Der 1. Vorsitzende des Bundes „Saar-Verein“, Herr Kammergerichtsrat Dr. Otto Zilleßen, beging am 6. Juni in aller Stille und Zurückgezogenheit das 25jährige Jubiläum seiner juristischen Tätigkeit. Vor einem Vierteljahrhundert begann er seine Laufbahn als Referendar am Amtsgericht zu Bülklingen. Er, der bekanntlich einer alteingesessenen und hochangesehenen Saarbrücker Familie entstammt, fand dort auf seinem Heimatboden ein seinen Kräften rechtes und erspriehliches Arbeitsgebiet als gesuchter und sehr geschätzter Rechtsanwalt. Als Stadtverordneter wirkte er, durch das Vertrauen seiner Mitbürger in das Stadtparlament berufen, in vorbildlicher Weise, und er war natürlich sofort beim Einrücken der Franzosen den Führern der Besatzungstruppen ein Dorn im Auge. Ein offener Befehrer seines Deutschtums, mußte er als einer der ersten der französischen Willkür und Gewalt weichen. — Wie wir erfahren, ist der bisherige Leiter des Schulwesens im Saargebiet, Oberregierungsrat Marx-Saarbrücken, von der preußischen Staatsregierung als Oberregierungsrat an die Regierung in Kassel berufen worden. — Der Turnverein Saarbrücken von 1848 veranstaltete aus Anlaß des 60. Geburtstages seines verdienten ersten Vorsitzenden, Fabrikant H. Wahlster, eine würdige Feier.

Der Regierungsekretär beim Haupt-Versorgungsamt Saarbrücken, A. Schmalz, ist mit Ende April d. J. aus dem Reichsdienst ausgeschieden. — Die Leitung des Finanzamtes Bülklingen ist dem Obersteuerinspektor Runke vom Finanzamt Saarbrücken übertragen worden. — Versetzt wurde zum 1. Juni der Obersteuersekretär Marman vom Finanzamt Saarlouis in gleicher Eigenschaft an das Finanzamt Saarbrücken. — Versetzt wurden Oberbahnassistent Lollsdorf von Malsstatt zur Eisenbahndirektion Saarbrücken, Unterassistent Scherer von Tholey nach Friedrichsthal, Eisenbahngelhilfe (kommiss. Unterassistent) Ernst von Dillingen nach Merzig. Befördert wurde Bahnwärter Reppert in Friedrichsthal zum Weichensteller. Stationsvorsteher Barthel vom Anschlußbahnhof Merzig trat in den Ruhestand und siedelt nach Trel a. d. Mosel über. Der Bahnverwalter der Betriebs- und Bauinspektion Landau, Wilhelm Breitling, früher in Homburg, wurde in gleicher Dienst-eigenschaft an die Eisenbahndirektion München berufen. — Der prakt. Arzt Dr. Rierendorf in Bliestastel wurde zum Regierungsmedizinrat am Versorgungsamt Bliestastel ernannt. — Stud. med. Paul Lorenz aus Saarlouis, Sohn des Professors Lorenz, hat sein Examen als Zahnarzt bestanden und ist als Assistent an der Universitätsklinik Marburg angestellt. — Als älteste Einwohnerin Neunkirchens gilt die Witwe Wilhelm Harig aus der Friedrichstraße, die kürzlich ihren 98. Geburtstag bei leidlicher Gesundheit feierte. — Dem aus englischer Gefangenschaft heimgekehrten Kriegeservisten Heinrich Bau-

mann, Inf.-Rgt. 137, Sohn des Hofopernlängers und Oberregisseurs Joseph Baumann, Saarbrücken, Schloßberg 15, wurde das Eisene Kreuz verliehen. — Es wurden verliehen die Rote-Kreuz-Medaille 2. Kl. dem Dr. med. Kalesfeld, Saarbrücken, langjähriger Vorsitzender und leitender Arzt seit Gründung der Freiw. Sanitätskolonnen Saarbrücken, sowie Herrn Wilhelm Cürette; die Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse an die Herren Franz Herte und Heinrich Augustin; ferner dem Rechnungsrat A. Klauf-Saarbrücken und der Lehrerin Frä. Werth in Dudweiler.

Todesfälle. In Freiburg im Breisgau starb der frühere langjährige Vorsitzende der Saarbrücker Handelskammer und Stadtverordnete Geh. Kommerzienrat Paul Köhling, im Alter von fast 69 Jahren. Vor Jahresfrist veranlaßte ihn sein Gesundheitszustand, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. In ihm verliert Saarbrücken und das Saargebiet einen Mann, der einen großen Teil seiner Tätigkeit dem Gemeinwohl gewidmet hat. Das Andenken des Verstorbenen wird in Saarbrücken und vor allen Dingen in den Wirtschafts- und Handelskreisen an der Saar in treuer Erinnerung bleiben. — Noch einen weiteren herben Verlust hat die Familie Köhling zu verzeichnen. Die einzige Tochter des Geh. Kommerzienrats Paul Köhling, Frau Oberstleutnant von Restorff, ist am 28. Mai in Davos ihrem Vater im Tode vorangegangen. — Es sind in Saarbrücken außerdem nachfolgende Todesfälle zu verzeichnen: Heinrich Böker, 48 Jahre; Oberbahnassistent Karl Brück, 50 Jahre; Peter Paulus, 60 Jahre; Pensionär Jakob Rohrbacher, Mittkämpfer von 1870/71, 74 Jahre; Kaufmann Karl Schuchow, 23 Jahre; Frau Sophie Kappel, geb. Müller, 50 Jahre; Frau Grete Kumb, geb. Reinert, 33 Jahre; Frau Dorothea Köhl, geb. Duval, 69 Jahre; Witwe Heint. Leonhard, Marie geb. Bastian, 72 Jahre; Frau Franziska Richter, geb. Castar, 38 Jahre; Fräulein Margarete Schmitt, 26 Jahre; Frä. Maria Johanna Margareta Schuster, 28 Jahre; Witwe Anna Wenz, geb. Steyer, 70 Jahre. — Matthias Bonner, 23 Jahre; pens. Bergmann und Schuldienner Johann Gebhardt, 49 Jahre; Heint. Gensheimer, 68 Jahre; pens. Weichensteller 1. Kl. Wilhelm Köhner, 84 Jahre; Rangierer Wilhelm Koch, 22 Jahre; Grubenleuttrifer Georg Kölsch, 25 Jahre; Hüttenbeamter Joseph Friedrich Kropf, 23 Jahre; Ludwig Müller, 63 Jahre; pens. Bergmann Philipp Müller, 62 Jahre; Peter Reuter, 58 Jahre; Wwe. Stephan Kloss, 51 Jahre; Frau Gertrude Lieben, geb. Model, 27 Jahre; Frau Wilhelmine Luise Müller, geb. Strobel, 33 Jahre; Anna Neff, 20 Jahre; Frau Karoline Peter, geb. Rothhaar, 31 Jahre; Elfe Roth, 18 Jahre; Frau Katharina Weingard, geb. Wenzel, 71 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Jubilarpriester Dechant Karl Anton Liné, emerit. Pfarrer von Trsch (Ars. Saarburg), 79 Jahre; Frau Wilhelmine Welsheid Sebastian, geb. Hofmann, beide in Bedingen a. Saar. — Steiger Jakob Hotong, 57 Jahre, in Bilsdorf. — Wwe. Elisabetha Bickelmann, geb. Altpeter, 78 Jahre, in Bliesthal. — Wwe. Sophie Hoffmann, geb. Jung, 76 Jahre; Wwe. Heinrich Barth, 79 Jahre, beide in Dudweiler. — Oberbrandmeister Boos; pens. Grubendachdecker Jakob Jost, Mittkämpfer von 1870/71, 77 Jahre, beide in Elversberg. — Frau Johann Schöner, Gertrud geb. Weiler, 32 Jahre, in Ensborn. — Frau Johann Baptist Höner, Gertrude geb. Reiter, 62 Jahre, in Felsberg. — Frau Peter Herres, Elisabeth geb. Falk, 50 Jahre, in Friedrichsweiler. — Gutsbesitzer Valentin Friedrich Schmidt, Ortsvorsteher a. D., 71 Jahre, in Holz. — Pens. Bergmann Johann Haag, 77 Jahre; Wwe. Johann Fuchs, Margareta geb. Hain, 79 Jahre; Helene Schmieden, 14 Jahren, sämtlich in Heiligenwald. — Betriebsingenieur Otto Klingner, 42 Jahre; Gertrud Lüttig, 11 Jahre; Frau Katharina Neuer, geb. Doubois, 70 Jahre, sämtlich in Homburg. — Aenne Eckern, 25 Jahre, in Illingen. — Rechnungsrat Georg Rudolf Hoeberner, 67 Jahre, in Merzig. — Frau Johann Heinrich Stein, geb. Laur, 57 Jahre, in Nalbach. — Gendarmerie-Wachtmeister Joseph Schuth, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, 43 Jahre; Frau Elsa Aug, geb. Buedner, 41 Jahre, beide in Püttlingen (Saar). — Frau Lehrer Meihack, Paula geb. Sebastian, in Remmesweiler. — Küstermeister Karl Günther, 64 Jahre; Wwe. Jos. Ketieme, Theresie geb. Beding, 72 Jahre; Frau Lehrer Anna Weis, geb. Berweiler, 34 Jahre, sämtlich in Saarlouis.

Unterstützt den Bund „Saar-Verein“

in seinem Kampf für die Erhaltung deutscher Art an der Saar gegen alle Loslösungsbestrebungen und

● Verwelschungsversuche!

Spenden erbeten auf das Postcheckkonto Berlin NW. 7 Nr. 66 536

Aus unserem Nachbarlande Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg kommt die Nachricht, daß die Direktion des Armeemuseums mit der Absicht umgeht, die „Kriegervereinsfähnen zu sammeln“. Es ergeht an die Gemeinden und Einzelpersonen die Aufforderung, anzugeben, wo solche Fahnen noch versteckt sind. Man sieht hieraus, daß es im Elsaß noch genügend Leute gibt, die sich nicht dazu hergeben wollen, „Sieges-Trophäenlieferanten“ für die glorreiche Republik zu werden. — Gleichzeitig wird gemeldet, daß alle diejenigen Denkmäler aus der Zeit deutscher Herrschaft, die nicht von dritter berechtigter Seite zurückgefordert sind, beseitigt und der Einschmelzung zugeführt werden sollen. Wir Deutschen hatten ja bekanntlich im Elsaß an den Denkmälern und Nationalheiligtümern französischen Charakters nach 1870 duldamerweise keinerlei Veränderungen vorgenommen, trotzdem sie zum größten Teil ein immerhin aufreizendes Gepräge trugen. Der Franzose geht da radikal vor! — Die Bevölkerungsziffer Hagenaus, die 1910 fast 19 000 Einwohner betrug, ist auf gegenwärtig 15 500 zurückgegangen. — Die offizielle Straßburger Korrespondenz veröffentlicht eine neue Liste von ausgewiesenen „Ausländern“, d. h. natürlich Deutschen oder Deutschfreundlichen. Es sind insgesamt 79 Personen. — Der Unternehmerverband der elsässischen Textilindustrie hat ohne vorherige Rücksprache mit den Vertretern der Arbeiterschaft eine Herabsetzung der bisher gewährten Teuerungszulagen um 50 vom Hundert beschlossen. — Die französische Propaganda ausstellung von Industrieerzeugnissen u. dergl. in Saargemünd, zu der ja auch, wie wiederholt mitgeteilt, saar-deutsche Industrielle und Gewerbetreibende mit dem üblichen sanften Druck „gebeten“ worden waren, wird mit Ende des Monats Juni ihre Pforten schließen.

Aus dem besetzten Rheinland.

Nachdem vor einigen Wochen durch das Ultimatum der Rheinlandskommission die Möglichkeit einer gewalttätigen Entfernung von seinem Posten für den Reichskommissar von Stard bereits in greifbarer Nähe lag, hat der Reichskommissar jetzt seinen Abschied genommen. Bis zur Ernennung seines Nachfolgers vertritt ihn Ministerialdirektor von Brandt. — In einem geharnischten Artikel wendet sich die Kölner Handelskammer gegen die durch das Versailler Diktat nicht zu rechtfertigende Errichtung der Zollgrenze am Rhein. Der Wirtschaftsausschuß des besetzten Gebietes und die Ausschüsse der Landwirtschaft haben eine Entschließung verfaßt, in der die Gründe für die Aufhebung der Zolllinie am Rhein dargelegt und dem Obersten Rat dringend zur Prüfung empfohlen werden. — Trozdem Deutschland doch das Ultimatum angenommen hat, ist die Zahl der französischen Truppen, die im Rheinland zur Besatzung des Ruhrgebietes zusammengezogen wurden, immer noch nicht vermindert worden. Das Rheinland gleicht einem großen Kriegslager, und da die Versorgung der Truppen durch die französischen Proviantämter zum größten Teil durchaus ungenügend ist, so requirieren die Soldaten einfach Lebens- und Futtermittel, mähen sogar zum Schnitt reife Wiesen ab. Die Stimmung der rheinischen Bevölkerung gegen Frankreich wird unter diesen unnatürlichen und nicht zu rechtfertigenden Verhältnissen eine immer unerquicklichere. — Wegen Singens verbotener deutscher Lieder wurden in Landstuhl in der Pfalz zwei Ausflügler aus Münchweis, Kreis Ottweiler, und zwar der Bergmann Johann Glöhner und der Bergmann Jakob Hans, durch die französische Gendarmerie verhaftet und ins Gefängnis geschleppt. — Daß auch französische Generale eine ganz eigenartige Auffassung von Kultur haben, beweist die Melbung aus Mainz, nach der dort ein französischer General, der einen Hund bei sich hatte, den Bädermeister Reinhold Schulz, der ebenfalls mit einem Hunde die Straße passierte und nicht verhüten konnte, daß sich die beiden Hunde bissen, mit der Reitpeitsche ins Gesicht geschlagen hat. — Das Theaterstück „O Heimatsonne, Heimat Erde“ ist von der Rheinlandskommission zur Aufführung verboten worden, da es nach deren Meinung geeignet ist, „die Würde und Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden“.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Einspruch französischer Industrieller gegen die Saar-Einfuhr.

Der Verband der französischen Drahtziehereien (Chambre Syndicale des Trefileurs et Denatureurs de fils d'acier et de fer), der schon in seiner letzten Hauptversammlung Klage erhoben hatte über die Gefahren, welche der Industrie insbesondere Ostfrankreichs aus der Einfuhr aus dem Saargebiet erwachsen, erneuert seinen vor einem Halbjahr erhobenen Protest und fordert wiederholt energische Maßnahmen gegen die angeblichen Zollerhinderungen durch strenge Ueberwachung der Einfuhr und der

Ursprungszeugnisse. Es werden seit kurzem aus dem Saargebiet Drähte und Stifte zu Preisen angeboten, zu denen sie kein französisches Werk herstellen könne, weil diesen schon das Rohmaterial soviel koste.

Zur Regelung des Warenverkehrs nach dem Saargebiet.

Zur Regelung des Warenverkehrs zwischen dem Saargebiet und dem besetzten rheinischen Gebiet wird von amtlicher Stelle ausdrücklich nochmals darauf verwiesen, daß die bis zum 22. Mai ausschließlich von dem Saarbrücker Delegierten des Reichskommissars Pagenstecher ausgestellten Ausfuhrbewilligungen für den Warenverkehr aus dem besetzten Gebiet nach dem Saargebiet, sowie die erteilten Einfuhrbewilligungen für Waren saar-deutschen Ursprungs und deutsche Rückwaren aus dem Saargebiet nach dem besetzten Gebiet noch bis zum 20. Juni ihre Gültigkeit besitzen. Diese Bewilligungen sind also bis zum 20. Juni wie die von der Kommission für Ein- und Ausfuhrbewilligungen in Saarbrücken (Saarbrücker Zweigstelle des Emser Ein- und Ausfuhramtes) ausgestellten Ein- und Ausfuhrbewilligungen von allen Zollstellen des besetzten Gebietes für vollwertig anzuerkennen.

Schrott-Ausfuhr aus dem Saargebiet.

Die französische Zollbehörde hat angeordnet, daß Ursprungszeugnisse für Schrottsendungen aus dem Saargebiet mit einem Sichtvermerk des Service technique des Douanes versehen sein müssen. Nur auf Grund dieser visierten Ursprungszeugnisse werden künftig von der Commission des Derogations Ausfuhrbewilligungen aus dem Saargebiet erteilt.

* * *

Sonstige wirtschaftliche Nachrichten.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat einen Entwurf zu einer Verordnung über zusammenfassende und ergänzende Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot herausgegeben. Bis auf einzelne Teile der Verfahrensverordnung wurden alle bisherigen einschlägigen Gesetze und Verordnungen aufgehoben und durch die Vorschriften dieser Verordnung ersetzt. — Der Mieterschutzverband des Saargebietes hat am 5. d. Mts. zu dieser Verordnung Stellung genommen, in der er Verbesserungen betreffs Zuteilung von Wohnungen, Vereinfachung des Beschlagnahmeverfahrens, Rechtsausdehnung des Mieteinigungsamts und wegen der Strafvorschriften über Mietwucher in Vorschlag brachte. — Dem Stahlwerk Dingler, Kärcher u. Co., Acières Sarroises, wurde von den französischen Staatseisenbahnen der Zuschlag für die Lieferung von Wagenachsen und Achsenbüchsen erteilt. — Die Steuer auf Branntwein, der im Saargebiet hergestellt wird, sowie auf solchen, der ins Saargebiet eingeführt ist, wurde laut Verordnung um 50 Prozent erhöht. — Die neuen Wahlen der Beisitzer zum Kaufmannsgericht finden demnächst statt, die Aufstellung der Wählerlisten wird mit dem 20. Juni abgeschlossen. — Das Landwirtschaftsministerium des Saargebietes hat die Wahl zur Landwirtschaftskammer auf den 19. Juni ausgeschrieben.

Saarbergbau und Saarindustrie.

Zum Lohnabbau im Saargebiet. Die Streikbewegung, die ohne Parole seitens der Vertreter der Organisationen der Arbeiterschaft in mehreren Industrieorten aufgeflammt war, ist ebenso schnell wieder abgeklaut; da nirgends die Neigung bestand, dem Lohndruck radikaler Stürmer und Dränger zu folgen. Einzig in Dillingen kam es zu kommunistischen Aufwiegelungen. Es wurden dort mehrere Arbeiter, die von der Schicht kamen, von den das Werk umlagernden Kommunisten überfallen. Die Tore der Hütte wurden daraufhin vom Militär besetzt. — Unter Mitwirkung des neuen Oberbürgermeisters von Saarbrücken, Dr. Reites, ist, da alle Organisationen zu Verhandlungen bereit waren, eine Einigung zustande gekommen, die dahin geht, daß der Lohnabbau im Juni 5 vom Hundert, im Juli weitere 5 vom Hundert und vom 1. August 20 vom Hundert des tarifmäßigen Stundenlohnes oder 15 Prozent des Gesamtlohnes beträgt. Die von den Arbeitgebern in Aussicht gestellte Erhöhung der Frauen- und Kinderzulagen fällt im Juni noch fort. Im Juli wird sie um die Hälfte des Sahes erhöht, und im August tritt sie voll ein. Die Brebacher Arbeiter werden mit denen der anderen Werke gleichgestellt.

Die April-Produktion der Saargruben. Im Monat April wies die Produktion eine bemerkenswerte Steigerung gegenüber dem Vormonat auf: reine Kohlenförderung (ausgelesen und gewaschen) 693 083 Tonnen gegenüber 647 808 Tonnen im März. Die Arbeiterzahl betrug 71 160 (gegenüber 71 263 im Vormonat). Der Selbstverbrauch der Gruben, einschließlich der

Lieferung an die Bergleute, umfaßte 75 012 Tonnen (im März 80 695 Tonnen); Lieferung an die Koksöfen der Gruben 17 093 (März 18 219) Tonnen, an die Bricketfabriken der Gruben 2810 (März 2211) Tonnen). Für den Verkauf verfügbar waren 598 166 Tonnen. Auf den Halben lagen am Monatsende 467 653 Tonnen Kohlen.

Saarkohle für Deutsch-Österreich. Infolge des Ausbleibens der oberschlesischen Kohlenlieferungen für Wien haben sich Wiener Kohlengroßhändler mit Lieferanten von Saarkohle in Verbindung gesetzt. Die Saarkohle stellt sich jedoch gegenüber oberschlesischer Kohle um 16 000—21 000 Kr. pro Waggon teurer. In Wiener Kohlenhandelskreisen ist man der Ansicht, es wäre besser gewesen, zu warten, bis die Saarkohle wegen der sich häufenden Vorräte im Saarrevier von selbst im Preis zurückgegangen wäre.

Saarkohle für die Pfalz. Die im pfälzischen Teile des Saargebietes gelegene Grube Frankenholz gibt wiederum bis auf weiteres größere Kohlenmengen für anstoßende westpfälzische Bezirke ab, wobei der Verkauf ohne Bezugsschein in deutscher Reichswährung erfolgt. In dem Orte Kinöb an der Grenze ist zu diesem Zwecke ein eigenes Verkaufsbüro eingerichtet.

Grubenunglück. Auf Grube Frankenholz verunglückte der Hauer Franz Weber dadurch schwer, daß er von herabfallenden Gesteinsmassen getroffen wurde. Mit schweren Verletzungen im Rücken und am Unterkörper wurde W. in das Knappschaftslazarett eingeliefert.

Streit in der Zigarettenindustrie Saarbrückens. Die am Freitag, 3. Juni, stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband und dem Verband Saarländischer Zigarettenfabrikanten sind gescheitert. In einer stark besuchten Versammlung wurde beschlossen, am Samstag, 4. Juni, in den Streit zu treten.

Die französischen Schikanen gegen die deutsche Grenzregulierungskommission.

(Schluß.)

Dazu kommt die Angst, die, seit jenen Verfolgungen im Beamtenstreik, auf dem Volke liegt. Das zeigt sich vor allen Dingen in den Zeitungen.

Was wollen die Franzosen mit dem Saargebiet? Es gibt eine Monatsschrift „Die Deutsche Nation“. In dieser ist f. Zt. ein Artikel erschienen, in dem gesagt wird, die Franzosen denken gar nicht an eine Annexion, sie wollen aus dem Saargebiet nur so etwas machen wie Luxemburg. Obgleich diese Lösung schon zum schärfsten Protest herausfordern muß, ist es noch dazu unwahr: die Franzosen wollen die Annexion des Saargebietes und in dem Sinne arbeiten sie, und nur Leute, die das nicht sehen wollen, können etwas anderes behaupten. Das Saargebiet soll uns entrisen werden, auf ewig und immer, nicht bloß auf 15 Jahre. Und deswegen müssen wir jetzt schon etwas dazu tun, um zu helfen, wenn auch augenblicklich unsere Augen in erster Linie auf Oberschlesien gerichtet sind. Man muß immer bedenken, daß, trotzdem augenblicklich kein Blutterror im Saargebiet herrscht, es den Deutschen dort weit schlimmer geht als selbst den Deutschen in Oberschlesien, schlimmer geht, weil eine weit größere Zeit vor ihnen liegt, weil nicht, wie in Oberschlesien, ein Hoffnungsstrahl flammt, durch den die Lage bald erhellt werden kann. Diese lange Zeit, die noch vor ihnen steht, gibt den Franzosen die Möglichkeit, mit allem Raffinement und Sdismus zu arbeiten, die dieser Nation eigen ist.

Vor allen Dingen muß das deutsche Volk helfen. Das Volk hilft natürlich am besten, wenn es die Zustände in Deutschland so schafft, daß die Leute im Saargebiet sehen, Deutschland ist doch etwas ganz anderes als dieses verlumpete Frankreich, denn ver-

lumpt ist Frankreich doch. In Wirklichkeit stehen wir hoch über diese Nation. Aber zeigen müssen wir das dadurch, daß wir wieder ein ehrliches, anständiges, arbeitsames und pflichttreues Volk werden. Außerdem muß jeder von Ihnen dem Saargebiet helfen, indem er die Leute stärkt in ihrem Mut, stärkt, so wie die Franzosen es im Elsaß gemacht haben. Denken Sie daran, im Elsaß hatten die Franzosen ja tatsächlich nur eine ganz kleine Partei von sogenannten Notabeln. Wie haben die Leute trotzdem im Elsaß gearbeitet. Wir haben doch noch ganz andere günstige Verhältnisse, denn im Saargebiet ist das ganze Volk deutsch mit Ausnahme von einigen Verrätern. Die Leute glauben aber dort, sie würden von Deutschland verlassen und vergessen. Macht sie aufmerksam: nein, wir denken an euch, wir halten mit euch zusammen, ihr seid unsere Brüder und nichts wird uns von euch trennen. Wer Beziehungen zum Saarland hat, muß sie pflegen, aufrecht zu erhalten suchen, Reisen in diese schöne Gegend machen, seine Kinder dahin in die Ferien schicken; umgekehrt seine Freunde zu sich holen, Bücher hinübersenden, und selbst wenn es ein tröstender Brief ist, so ist der schon wertvoll. Und Leute, die keine persönlichen Beziehungen haben, müssen sich an den Saar-Verein wenden, ein Verein, der auf französischer Seite so verschrien ist, und gerade dadurch die Notwendigkeit seines Bestehens beweist.

Die Lage ist ernst. Wir wissen ja, im Deutschen Reich haben wir unendlich viele ernste Fragen, aber man darf nicht glauben, daß eine Frage, die scheinbar erst in 15 Jahren entschieden wird, jetzt unsere Aufmerksamkeit nicht verdient. Wenn man Politik macht, muß man große Politik machen auf weit hinaus und nicht von einem Tag zum andern. Ein solches Ziel ist in erster Linie, alle die Brüder zum Reich zurückzubringen, die zum Reich gehören, und dann auch die Brüder, die noch nicht zum Reich gehören, die aber zu ihm gehören sollen, und zwar im Süden und Südosten.

Und ein wichtiger Teil der Arbeit ist die Arbeit für das Saargebiet. Also vergessen Sie die Saar nicht, denn das Land ist zwar klein, aber es ist schön und reich und treudeutsch, und die Treue, die es uns gab, die müssen wir ihm tausendfältig vergelten; denn so schlecht es uns auch geht, es geht uns noch tausendmal besser als ihm. Nur wenn wir das tun, dann können wir das Ziel erreichen, daß wir einmal auf diesem Gebiet die Fahne aufpflanzen, die zähneknirschend heruntergenommen worden ist, aufpflanzen vor den blutbesetzten Epicherer Höhen, auf denen die Franzosen die deutschen Denkmäler zerstört haben. Die Fahne des Deutschen Reiches.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

§ Saar-Verein, Ortsgruppe Dortmund. Am Sonntag, den 29. Mai d. Js. veranstaltete die hiesige Ortsgruppe für ihre Mitglieder und Gönner einen Familienausflug, verbunden mit einem Sommerfest. Unter zahlreicher Beteiligung von Alt und Jung wanderten die Teilnehmer kurz nach Tisch unter Führung zweier wegekundiger Mitglieder vom Vereinslokal über Hombruch und Kruckel, woselbst sich noch eine Anzahl weniger guter Fußgänger, die bis hierhin die Bahn benutzt hatten, den Wandernden angeschlossen, nach den Höhen des Ardengebirges. Der Vergnügungsausschuß hatte eine Wandertafel gewonnen, die unermüdlich ihre Weisen erklingen ließ und schon gleich zu Anfang eine freudige Stimmung unter die Teilnehmer brachte; erhöht durch das prächtige Wetter

In zwölfter Stunde

dürfen Sie den „Saar-Freund“ für das 3. Vierteljahr nicht erst bestellen, wenn Sie nicht Gefahr laufen wollen, das Blatt unregelmäßig zugestellt zu erhalten. Benutzen Sie

heute noch

die dieser Nummer beiliegende

Bestellkarte.

Werben Sie auch neue Leser und Mitglieder für den Bund „Saar-Verein“ und seine angeschlossenen Vereinigungen.

Die Schriftleitung.

und die herrlichen Ausblicke von vielen Punkten des Wanderweges. Gegen 4 Uhr war das Ziel erreicht und es entwickelte sich bald eine fröhliche Kaffeeschlacht. Das eigentliche Sommerfest wurde eingeleitet durch einen Klavier Vortrag, dem eine Kinderpolonaise mit Fähnchen unter den Klängen der Hauskapelle, die sich aus Vereinsmitgliedern gebildet hat, folgte. Eine Lichtbildaufnahme sämtlicher Teilnehmer verursachte wegen der großen Anzahl einige Schwierigkeiten, ist aber schließlich doch noch zufriedenstellend ausgefallen. Für die Kleinsten war ein Eierlaufen vorgesehen, das unter allgemeiner Heiterkeit durchgeführt wurde. Die größeren Kinder konnten in einem Wettlaufen ihre Kräfte gegeneinander messen. Selbst ältere Herrschaften konnten der Versuchung, sich hieran zu beteiligen, nicht widerstehen, sie mußten sich aber statt der erwarteten Süßigkeiten mit dem Bewußtsein begnügen, zur Erhöhung der Stimmung beigetragen zu haben. Die hieran anschließende amerikanische Verteilung mehrerer von Vereinsmitgliedern gestifteter Gegenstände bediente die der Vereinstasche erwachsenen nicht unerheblichen Kosten reichlich. Das Fest schloß mit einem Tanz für jung und alt. Der Heimweg wurde um 8 Uhr abends angetreten, und man trennte sich mit der Gewißheit, einen herrlichen Nachmittag verlebt zu haben, der seinen Zweck, die Mitglieder einander näher zu bringen, in schönster Weise erreicht hat. Dem Vergnügungsausschuß muß für die gut gelungene Veranstaltung volle Anerkennung gezollt werden. Die Versammlung der Ortsgruppe Dortmund findet jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Westpark, Ecke Möllerstraße und Bargerstraße, statt.

Deutsche Treue in Briefen aus dem Saargebiet.

Ein Saardeutscher, Mitglied des Bundes „Saar-Verein“, uns bekannt als aufrechter Mann, gegenwärtig wohnhaft an der Grenze des neu besetzten Gebietes, schreibt uns nachstehende kernhaft deutschen Worte, die verdienen, für alle Zeiten festgehalten zu werden: „Wir sind auf den Einmarsch der Länderräuber von jenseits des Rheines vorbereitet. Ich persönlich denke aber nicht daran, auszureißen, obwohl ich genau und sicher weiß, daß dieses gallische Gesindel über meine Tätigkeit als Saardeutscher sehr eingehend informiert ist. Unter keinen Umständen möchte ich mir das Vergnügen entgehen lassen, den Herrschaften ein paar ungeschminkte Wahrheiten zu sagen für den Fall, daß ich mich vor ihnen verantworten muß. Als echter Deutscher von der Saar ist es mir eine Ehre, auf der schwarzen Liste jener dort drüben zu stehen, denn es gibt mir die Bestätigung dafür, daß die Vergewaltigungen und politischen Verbrechen der französischen „Sieger“, die ich durch Wort und Schrift der breitesten Öffentlichkeit zugänglich machte, auch an die richtige Stelle gelangt sind. Mein Gefühl sagt mir, daß wir die Gewaltmenschen von der Seine mit besonderer Betonung unseres Deutschbewußtseins öffentlich geringschätzen und verachten müßten. Trotz allem! Aufgehoben ist ja noch lange nicht aufgehoben.“

„Ich habe von Ihren Ratschlägen zwecks Reklamation der ausgebliebenen Zeitung bei der Post Kenntnis genommen. Ich habe dieses getan und von den hier z. T. schon französisch gesinnten Beamten kurze freche Antworten erhalten: „Was geht uns das an?“ Ich wollte noch eine Briefmarke kaufen und erhielt als Antwort: „Gehen Sie zuerst sich umsehen nach französischem Geld, das deutsche holen wir nicht mehr an!“ So etwas müssen wir Deutschen uns hier auf deutschem Boden bieten lassen! Das gehört in unsere Zeitung...“

Preussisch-Süddeutsche 18. (244.) Klassenlotterie

Verbesserter Spielplan Hauptgewinn 750 000 Mark

Zur 1. Klasse (Ziehung 12 bis 13. Juli) habe abzugeben:

Achtel Viertel Halbe Ganze Lose

zu	10	20	40	80	Mark zusätzlich Porto
bei Vorauszahlung aller 5 Klassen gegen Gewahrsamschein (große Portoverpachtung)	50	100	200	400	Mark

Frankfurt a. M., Kaiserstraße 9 Postfach 58 070

Otto Ludwig Staatliche Lottereeinnahme (früher Neunkirchen Saar)

„... Alles andere haben Sie ja aus der Zeitung erfahren. Viele Worte kann ich auch nicht machen, nur das eine darf ich noch verraten: Je länger der Franzmann hier ist, um so inniger halten wir das von den Vätern Ererbte fest und mit frisch, fromm, froh und freiem Herzen rufen wir: „Es lebe unser geliebtes deutsches Vaterland!...“

Anfragen und Antworten.

Z. V. in S. Die Eröffnung der pfälzischen Bahn bis zur Grenze des Kohlengebietes bei Verbach im Jahre 1849 hatte den benachbarten Gruben eine erhebliche Steigerung ihres Absatzes gebracht. Mit der nach und nach erfolgenden Fertigstellung der Saarbrücker Bahn und ihrer Gruben-Zweigbahnen wuchs der Absatz in Riesenschritten. Hatte die Förderung der staatlichen Gruben 1850 noch 384 759 Tuder (11 877 115 Zoll-Zentner) betragen, so stieg sie 1853, dem ersten Jahre nach Eröffnung der ganzen Saarbrücker Bahnlinie, auf 609 559 Tuder (18 764 047) und 1855 auf 963 848 Tuder (29 683 654 Ztr.) bei entsprechender Vermehrung der Arbeiterzahl von 4580 im Jahre 1850 bis zu 10 095 im Jahre 1855.

St. in S. Nach einem Generalbericht über Minen und Steinbrüche betrug die Gesamtzahl an Bergleuten auf der ganzen Welt 4 475 353, davon allein im gesamten britischen Reich 2 883 200 Mann, von denen 908 412 in England, Schottland und Irland tätig waren. In zweiter Stelle kommt das Deutsche Reich mit 733 683, dann die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit etwas über 500 000, hierauf Frankreich mit 309 815, Rußland mit 286 983, Oesterreich-Ungarn mit 226 330, Belgien mit 171 467, Japan mit 119 667 und Italien mit 102 728. Alle übrigen Staaten haben weniger als 100 000 Mann in Bergwerken und Steinbrüchen beschäftigt.

Bücherbesprechungen.

Die schwarze Schmach. Im Verlage der „Leipziger Graphischen Werke A.-G.“, vormals Vogel u. Vogel“, läßt der bekannte Romanschriftsteller Guido Kreutzer, unter diesem Titel demnächst den „Roman des geschändeten Deutschland“ erscheinen. Graf Ernst zu Reventlow schrieb das Vorwort. Die „Rheinische Frauen-Liga“, die Vereinigung aller größeren rheinischen Frauenverbände, stellte dem Autor eine erschütternde Fülle authentischen Materials zur Verfügung. Amerikanische und englische, französische und skandinavische, holländische und schweizerische Pressemeldungen sowie die Berichte neutraler Untersuchungskommissionen bilden seine Bestätigung und Ergänzung. Männer von der Bedeutung eines General Thomson, E. D. Morel, Roumain Holland, Henri Barbusse, Staatsminister Branting, General Marazzi, John de Kay und zahlreiche andere Persönlichkeiten von internationalem Rang sind die Zeugen der Niggergreuel im besetzten Gebiet und vereinen ihre Stimmen zu flammendem Protest gegen die ungeheuerliche Schmach, die Frankreich im hemmungslosen Sadismus seines Siegerwahns den weißen Frauen der ganzen Welt antut.

Dem Volke leben, dem Volke sterben.

Den Enteln gleichen Sinn vererben:

Sag, kannst du schöneres Los erwerben?

(A. Polzer.)

Beamter

für größere Betriebskrankenkasse, im Krankenwesen durchaus erfahrene Kraft, möglichst ausgewiesener Beamter sofort gesucht Angebote umgehend an Rechtsanwalt Dr. Schmid, Remscheid, Luisenstr. 4.

Familien-Anzeigen

für die nächste Nummer des „Saar-Freund“ erbitten wir bis spätestens Sonnabend, den 25. Juni.